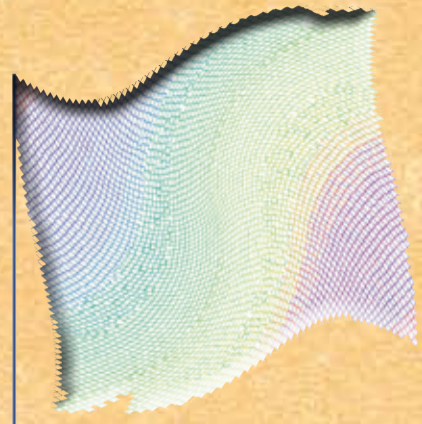
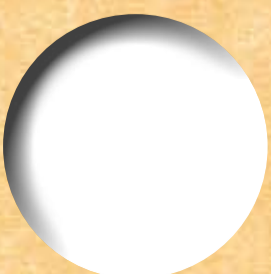


NETZWERK
HAMBURGER
STADTTTEILBEIRÄTE



Nur
mit
uns!



EDITORIAL

In vielen Hamburger Stadtteilen und Quartieren gibt es Stadtteilbeiräte.

Die meisten sind aus Fördergebieten der Stadtteilentwicklung erwachsen.

Hierin engagiert sich, neben Aktiven aus Einrichtungen, (Wohnungs-)Unternehmen, Einzelhandel, Verwaltung und Politik, auch die Bewohnerschaft. BürgerInnen sind die Fachleute in den Stadtteilen für die Sorgen und Nöte, aber genauso für Ideen und Verbesserungsmöglichkeiten im nachbarschaftlichen Zusammenleben und für die Entwicklung ihres Quartiers. Sie organisieren Selbsthilfe, bringen Projekte auf den Weg, beteiligen sich an Planungsprozessen und sind damit Lernstoff als auch wichtiger Partner vor Ort für Politik und Verwaltung.

Im Herbst 2009 schlossen sich Stadtteilbeiräte aus verschiedenen Stadtteilen und Quartieren zum Netzwerk Hamburger Stadtteilräte zusammen. Ziel war, über Stadtteilgrenzen hinweg, einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und die Anliegen der Stadtteile und der Stadtteilbeiräte mit mehr Gewicht gegenüber bezirklicher und städtischer Politik, Fachdienststellen und Geldgebern zu vertreten.

Das Netzwerk ist seit seiner Gründung wiederholt mit politischen Forderungen in die Öffentlichkeit getreten. Besonders erwähnt seien hier zwei Resolutionen zur finanziellen und strukturellen Absicherung auch über Förderzeiträume hinaus. (siehe S. 10)

Mit den Ausstellungen im Juni 2016 in der Diele des Hamburger Rathauses und im November 2016 im Altonaer Rathaus wollte das Netzwerk die gewählten politischen VertreterInnen auf die Bedeutung des Wirkens der Beiräte für die Entwicklung der Quartiere in Form einer gelebten Stadtteildemokratie hinweisen – und damit in den Haushaltsberatungen die Forderung nach Aufnahme in eine Produktgruppe untermauern.

Bisher gibt es keine zufriedenstellende Zusage zur Absicherung der Beiratsarbeit von Seiten des Senats. Somit gilt es weiterhin, die Forderung gegenüber Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zu formulieren und mit der Präsentation der Ausstellungsplakate an verschiedenen weiteren Orten (z. B. den Bezirksämtern) auf die Notwendigkeit einer Absicherung hinzuweisen.

Mit der hier vorgelegten Broschüre möchten wir Ihnen einen Einblick in die vielfältigen Themen, Aktivitäten und Potentiale der Hamburger Stadtteilbeiräte ermöglichen, verbunden mit dem Wunsch, sich davon inspirieren zu lassen. ●

INHALT

Beiräte vor Ort – topographische Übersicht	4
Engagement hat Gesichter	5
Geschichte des Netzwerks	6
Aktionstag	8
Resolutionen	10
Gesprächsprotokolle	12
Barmbek-Nord	14
Barmbek-Süd	15
Dulsberg	16
Eidelstedt-Nord	17
Eidelstedt-Zentrum	18
Essener Straße	19
Großlohe	20
Hohenhorst	21
Lenzsiedlung	22
Lurup	23
Mümmelmannsberg	24
Münzviertel	25
Neuwiedenthal	26
Osdorfer Born	27
Osterbrook	28
Schnelsen-Süd	29
St. Georg	30
Steilshoop	31
Wilhelmsburg	32
BürgerInnenbeteiligung vor Ort	34
Sponsoren, Kontakt, Impressum	35

NUR MIT UNS!

STADTTEILBEIRÄTE:

MITGESTALTER VOR ORT BRAUCHEN ABSICHERUNG!

AUSSTELLUNG ZUM WIRKEN UND ZU DEN FORDERUNGEN DER HAMBURGER STADTTEILBEIRÄTE

22. Juni bis 10. Juli 2016

in der Rathausdiele, Rathausmarkt 1

Seit Herbst 2012 ringen Hamburgs Quartiers- und Stadtteilbeiräte um die Verstetigung und finanzielle Absicherung dieser wichtigen Gremien.

Stadtteildemokratie ohne Beiräte? Für uns undenkbar!

Mit der nunmehr im Rathaus präsentierten Ausstellung wollen wir nicht nur das ehrenamtliche Engagement von vielen Beiräten veranschaulichen und würdigen. Wir möchten insbesondere einen Beitrag zur bevorstehenden Bürgerschaftsdebatte um den Haushalt 2017/2018 liefern. Und in der geht es aus unserer Sicht entscheidend um die Schaffung eines überfälligen Etatpostens „Beiräte“!

Hamburg, im Juni 2016

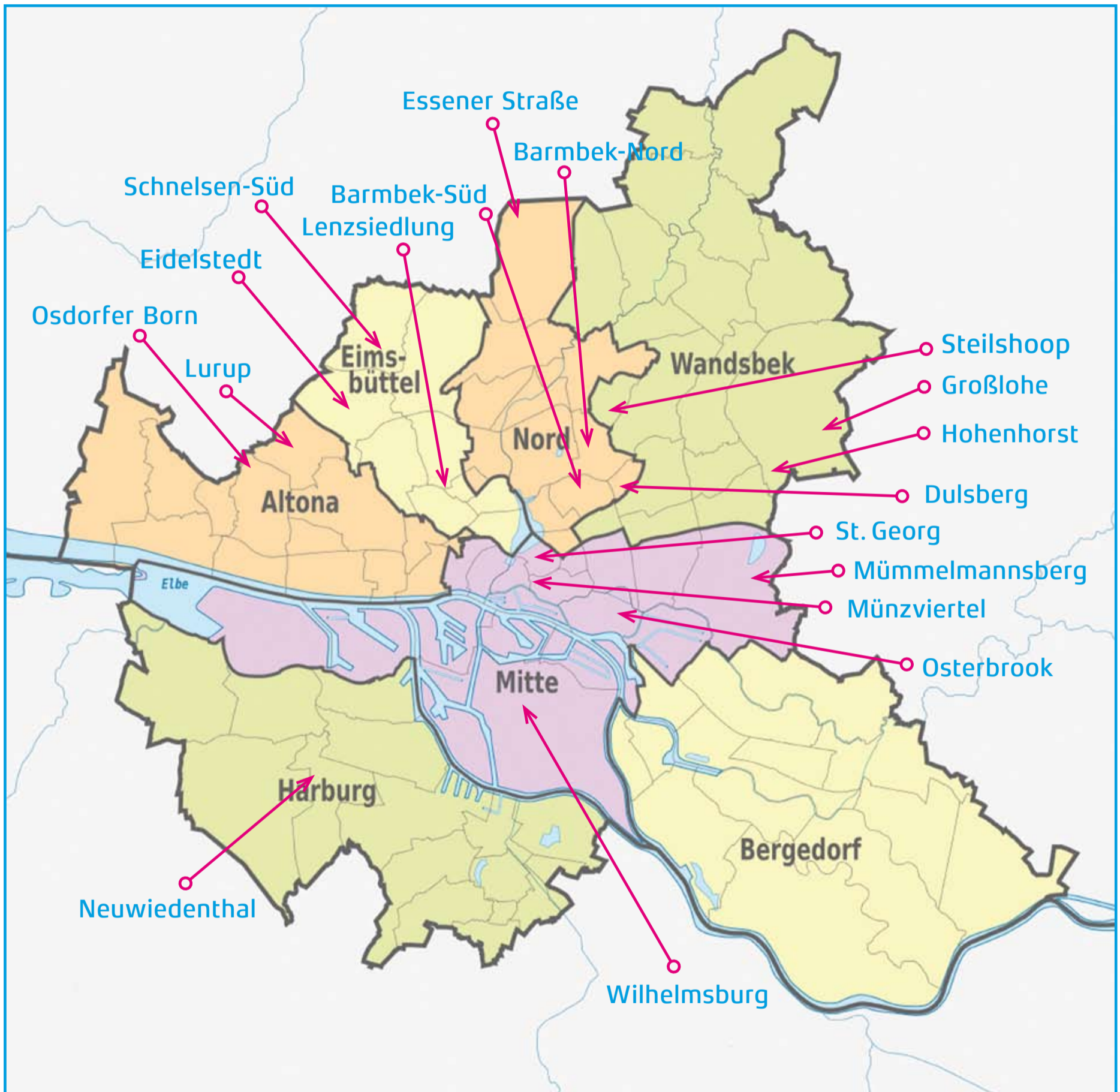
Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte

ÖFFNUNGSZEITEN RATHAUSDIELE

Montag bis Freitag	7.00 – 19.00
Samstag	10.00 – 17.30
Sonntag	10.00 – 16.30

BEIRÄTE VOR ORT

Topografische Übersicht



4

Karte: © Wikimedia Commons, bearbeitet von Harald Heck ▲

NUR MIT UNS!

STADTTTEILBEIRÄTE: ENGAGEMENT HAT GESICHTER

Hamburg-Mitte



Quartiersbeirat Münzviertel ▲



Quartiersbeirat Osterbrook ▲
(Foto: Tollerart)



Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg ▲ (Foto: Thürnagel)



Stadtteilbeirat St. Georg ▲



Stadtteilbeirat Wilhelmsburg ▲

Altona



Borner Runde ▲



Luruper Forum (Foto: Tengeler) ▲

Eimsbüttel



Beirat Eidelstedt-Nord ▲



Stadtteilbeirat Lenzsiedlung ▲



Beirat Eidelstedt-Zentrum ▲



Stadtteilbeirat Schnelsen-Süd ▲

Hamburg-Nord



Stadtteilbeirat Barmbek-Nord ▲



Stadtteilbeirat Barmbek-Süd ▲
(Foto: Lundbeck)



Stadtteilbeirat Dulsberg ▲
(Foto: Fiedler)



Jugendbeirat Essener Straße ▲



Stadtteilbeirat Essener Straße ▲

Wandsbek



Stadtteilbeirat Hohenhorst ▲
(Foto: BA Wandsbek)



Stadtteilbeirat Steilshoop ▲



Stadtteilversammlung Großlohe ▲
(Foto: Falensky)

Harburg



Stadtteilbeirat Neuwiedenthal ▲
(Foto: Lawaetz-Stiftung)

GESCHICHTE DES

Am 11.9.2009 fand im Zuge der Feierlichkeiten zu 40 Jahre Steilshoop eine Veranstaltung statt, zu der alle Großwohnsiedlungen eingeladen und eine Vielzahl von VertreterInnen aus mehreren Quartieren und Stadtteilen anwesend waren.



Man kam ins Gespräch über die vielfältigen Herausforderungen, die es in den einzelnen Quartieren zu meistern galt und es wurde das ausdrückliche Bedürfnis geäußert, den begonnen Austausch fortzusetzen.

Hauptverantwortlich für diese Veranstaltung: Rixa Gohde-Ahrens von der Lawaetz-Stiftung.



Foto: Dudzek ▲

Parallel dazu bereitete sich der Dulsberger Stadtteilrat auf die Ehrung anlässlich seiner 200. Sitzung durch den Präses der Stadtentwicklungsbehörde vor und dachte über ein Symposium nach, zu dem Partner-Stadtteilbeiräte eingeladen werden sollten. Verantwortlich dafür: Jürgen Fiedler von Mook wat e. V.



Da beide Personen aufgrund ihrer Tätigkeit als Quartiersentwickler im beständigen Gespräch standen, folgte konsequenterweise die Absicht, endlich für die über die Stadt Hamburg verteilten Stadtteilbeiräte zu einem gemeinsamen Austausch einzuladen. Dieses erste Treffen fand statt am 10.12.2009 im Stadtteilbüro in Steilshoop mit einer noch relativ bescheidenen Anzahl von fünf



Steilshoop lädt ein (Foto: Köhn) ▲

Beiräten aus Steilshoop, dem Osdorfer Born, Dulsberg, der Essener Straße in Langenhorn und dem Appelhoff.



Stadtteulführung (Foto: M. Kersting) ▲

Dies war die Geburtsstunde des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte, wengleich der Name sich erst im Laufe der gemeinsamen Arbeit entwickelte. ●

NETZWERKS

Fortan stieg die Zahl der beteiligten Personen und Beiräte immer weiter an, und man spürte, dass Beiräte zwar möglicherweise relativ weit entfernt vom nächsten beheimatet sind, die Themen aber in hohem Grade ähnlich waren.



Foto: Dudzek ▲

Hier seien einige Beispiele genannt:

- ▶ Raumbedarf für die regelmäßigen Treffen
- ▶ Wo kommt das Geld für die Betriebskosten her?
- ▶ Wie sind die Beiräte eigentlich zusammengesetzt?
- ▶ Wie geschieht Öffentlichkeitsarbeit, gibt es Stadtteilzeitungen und wie finanzieren sie sich?
- ▶ Wie ist die Anbindung des öffentlichen Personennahverkehrs?
- ▶ Wie zufriedenstellend ist die Nahversorgung?
- ▶ Welche Freizeitmöglichkeiten bieten die Quartiere?
- ▶ usw., usw.

Schnell wurde deutlich, dass ausreichend Themen und auch das Bedürfnis, sich darüber auszutauschen, vorhanden waren, um sich in regelmäßigen Abständen zu treffen.

Die Neugierde, wo denn die anderen Quartiere liegen, führte dazu, sich wechselnd in den beteiligten Stadtteilen zu treffen. Vor Ort wurde für alle sichtbar, welche unterschiedlichen Ausstattungen allein für die Treffpunkträumlichkeit jeweils bestanden.



Netzwerktreffen am Osdorfer Born, 2014 ▲

Das Netzwerk sollte unter keinen Umständen ein Gremium von Profis werden, sondern sich die in den Beiräten Aktiven aus der Bewohnerschaft untereinander beraten und miteinander diskutieren. Einzige Profis blieb über die inzwischen fast sieben Jahre allein das Gründungspaar.

Um diesen Charakter zu erhalten, bedurfte es immer wieder mal der ein oder anderen Selbstverständnis-Diskussion, aber inzwischen ist dies ungeschriebenes Gesetz.



Foto: Nicky Schomann ▲

Alle verstehen das Netzwerk als großen Gewinn, denn ein solcher Zusammenschluss besitzt eine andere Außenwirkung, als wenn jeder Beirat alleine versucht, sich Gehör zu verschaffen.

So mischte sich das Netzwerk z.B. mit einer Resolution zur Kürzung von Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen in die politische Diskussion ein.



Folgerichtig war, dass man am 27.4.2013 mit einem Aktionstag einen weiteren Schritt in die Stadtöffentlichkeit antrat, denn es galt deutlich zu machen, dass in den Beiräten ein ungeheurer Schatz vorhanden ist. Monat für Monat ringen mehrere Hundert Engagierte, zumeist ehrenamtlich, um das Wohl und die Entwicklung ihrer Quartiere und Stadtteile und nur von den Allerwenigsten wird dies gesehen und wertgeschätzt.

Als allseits beschriebenes Defizit und somit gemeinsame Stoßrichtung formierte sich im Folgenden die fehlende Absicherung der Beiratsarbeit.

(Siehe Tafel mit den Forderungen) ●

AKTIONSTAG

DES NETZWERKS HAMBURGER STADTTEILBEIRÄTE

Demokratie
im Stadtteil

Nur mit uns.

Aktionstag
des Netzwerks
Hamburger
Stadtteilbeiräte
27. April 2013

Idee des Aktionstages

Anlass für den Aktionstag der Stadtteilbeiräte war eine – wenn auch verspätete – „Geburtsfeier“ zum dreijährigen Jubiläum des Stadtteilrätenetzwerks. Die Veranstaltung sollte eine Plattform sein, in einen weiteren Gedankenaustausch über Situation und Perspektiven der Hamburger Stadtteilbeiratsarbeit einzutreten, grundsätzliche Fragen der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene zu diskutieren und Strategien für eine wirkungsvollere und nachhaltige Arbeit der Stadtteilbeiräte zu entwickeln.



Foto: Rolf Danilow ▲

Das Netzwerk gab damit auch frischen Impulsen Raum, das eigene Aufgabenfeld neu zu definieren und die Arbeit auf eine noch breitere Basis zu stellen. Gleichzeitig sollten die bisherige Stadtteilbeiratsarbeit und das ehrenamtliche Engagement gewürdigt und gestärkt werden. Mit der Veranstaltung setzte das Netzwerk auch das Signal, dass es lohnenswert ist, sich für seinen Stadtteil zu engagieren.



Auf dem Podium: Rixa Gohde-Ahrens und Jürgen Fiedler ▲
(Foto: Rolf Danilow)

Eingeladen waren Quartiers-/ Gebiets-/ Sanierungs- und Stadtteilbeiräte der Fördergebiete Hamburger Stadtteilentwicklung, in welcher Phase auch immer, ob „ausgelaufen“, aktuell in der Förderphase oder in Vorbereitung, außerdem Akteure in Sachen Partizipation aus der Hamburger Verwaltung und Politik. Die Veranstaltung hatte einen offenen Charakter. Jede/r an den aufgerufenen Themen Interessierte konnte teilnehmen.



Foto: Rolf Danilow ▲

Etwa 100 Teilnehmer/innen aus 27 verschiedenen Hamburger Stadtteilgremien folgten der Einladung. Die teilnehmenden Gremien stellten jeweils auf einer Ausstellungsstafel ihr Gremium und ihre Arbeit im Quartier vor, so dass die Veranstaltung durch eine repräsentative und aussagekräftige Ausstellung über die Stadtteilbeiratsarbeit in Hamburg eingerahmt wurde.



Veranstaltungsprogramm (Faksimile des Veranstaltungsflyers) ▲

Finanziert wurde die Veranstaltung aus Verfügungsmitteln von 13 verschiedenen Stadtteilbeiräten.

Der Veranstaltungstag bot Impulsreferate, thematische Rundgänge, Themen in Arbeitsgruppen, Plenumsrunden und eine Podiumsdiskussion an.

Folgende **Leitfragen** eröffneten die Diskussion:

- ▶ Wie sieht Stadtteilbeiratsarbeit in Hamburg aktuell aus? Welche Möglichkeiten gibt es für den Bürger, Entscheidungen, die ihn in seiner Nachbarschaft unmittelbar berühren, zu beeinflussen? Müssen diese ausgebaut werden?
- ▶ Wie können Interessen und Arbeitsergebnisse der Stadtteilbeiräte besser in die Quartiere hinein und in die Politik sowie Verwaltung (hinaus) transportiert werden? Wie kann der Nichtwahrnehmung der „Experten vor Ort“ und Blockaden des Informationsflusses begegnet werden?



Foto: Rolf Danilow ▲

- ▶ Können Zielgruppen, die bisher dem Politik-, Verwaltungs- und Planungsgeschehen in ihrer Nachbarschaft fern standen, erfolgreich(er) aktiviert werden? Wen repräsentiert der Stadtteilbeirat eigentlich? Was verspricht sich der Ehrenamtliche von seiner Tätigkeit?
- ▶ Wie kann die Arbeit der Stadtteilbeiräte verstetigt und verbreitert werden? „Partizipation“ und „Nachhaltigkeit“ dürfen nicht zu inhaltsleeren Schlagworten verkommen! ●



Netzwerktreffen Osdorfer Born ▲

Leitsätze der Veranstaltung:

Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft!

Ein demokratisches Hamburg kann auf die „Experten vor Ort“ nicht verzichten.



Foto: Dudzek ▲



Foto: Rolf Danilow ▲

Erste Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte (2012)

Das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und einzelne AkteurInnen bzw. UnterzeichnerInnen aus dem Netzwerk „Recht auf Stadt“ begrüßen das Bekenntnis des Senats zur Förderung eines eigenständigen Stadtlebens:

„Zentrales Anliegen ist es, ein eigenständiges Stadtleben zu befördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken, an vorhandenen örtlichen Potenzialen anzuknüpfen und die Bewohner/innen zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.“
(Senatsdrucksache 20/4846 vom 4.9.2012, S. 2)

Sanierungs- und Quartiersbeiräte und vor allem die Stadtteilbeiräte haben sich in den vergangenen Jahren in vielen Stadtteilen als sehr gut geeignete, wenn auch noch ausbaufähige Instrumente erwiesen, die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner zu artikulieren und zu transportieren.

Deshalb empfinden es die UnterstützerInnen dieser Resolution als ausgesprochen bedauerlich, dass seitens des Senats keine Überlegungen angestellt werden, die Beteiligungsgremien über die Förderdauer des jeweiligen Quartiers hinaus zu verstetigen (vgl. Senatsdrucksache 20/4846, Antwort auf die Fragen 21 und 22, S. 13 f.). Aus der Anlage zu der erwähnten Drucksache geht hervor, dass rund ein Drittel der Fördergebiete in den Jahren 2012 und 2013 auslaufen werden, ohne dass ein Ersatz dafür vorgesehen ist. Dies wäre ein herber Rückschlag für die allseits als unverzichtbar gepriesene Bürgerbeteiligung.

Vor allem in sozial und städtebaulich benachteiligten Stadtteilen sollen dadurch nicht zu kompensierende Verluste im Bereich der Bürgerbeteiligung und der Partizipation hingenommen werden. Die organisatorisch-bürokratische Arbeit wie Abhaltung von ordnungsgemäßen Beiratswahlen, Einladungen zu den Beiratssitzungen, Erstellung der Tagesordnungen, Protokollführung und -versand, Weiterleitung der Beschlüsse an die zuständigen Gremien und Institutionen usw. ist aber mit einer rein ehrenamtlichen Tätigkeit nur sehr schwer, auf Dauer gar nicht zu leisten. Somit wären gerade die sozial benachteiligten Quartiere durch das Auslaufen der Förderung und die faktische Beendigung der Bürgerbeteiligung in einem besonderen Maße betroffen. Im Übrigen halten wir Beteiligungsstrukturen überall dort, wo erwünscht, für erforderlich.

Bürger und Bürgerinnen vor Ort würden eine wichtige Informationsquelle und Ebene der institutionalisierten Beteiligung verlieren, Politik und Verwaltung würden sich durch den Verzicht auf Verstetigung des Instrumentariums Stadtteilbeirat einer wichtigen Entscheidungshilfe berauben. Eine größere Kompetenz in Quartiersfragen als die der Bewohnerinnen und Bewohner wird vielfach nicht zu finden sein. Ohne diese Gremien wächst die Gefahr bürgerferner Entscheidungen mit den bekannten Folgen der Staatsverdrossenheit und des Rückzugs aus dem öffentlichen Leben. Wenn es dem Senat also ernst ist mit der Förderung eines eigenständigen Stadtlebens und der Stärkung des sozialen Zusammenhanges, so müssen Wege gefunden werden, die Beiräte als dauerhafte Institutionen im politischen Leben der Freien und Hansestadt Hamburg zu verankern und finanziell abzusichern

Weitergehende Formen der Bürgerteilhabe und Selbstorganisation sowie andere demokratische Aktivitäten und Mobilisierungen von Menschen vor Ort bleiben von der Sicherung bzw. breiteren Etablierung von Stadtteilbeiräten selbstverständlich unbenommen.

Gelebte Demokratie beginnt auf der Ebene der Nachbarschaft!

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, 4.10.2012 ●

UnterzeichnerInnen:

Stadtteilbeirat Appelloff; Barmbeker Ratschlag; Sanierungsbeirat S 1 Barmbek Nord; Stadtteilbeirat Langenfort/Barmbek-Nord; Stadtteilbeirat Barmbek Süd; Stadtteilbeirat Dulsberg; Stadtteilbeirat Essener Straße; Stadtteilversammlung Großlohe; Stadtteilbeirat Hohenhorst; Luruper Forum; Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg; Quartiersbeirat Münzviertel; Borner Runde/Osdorfer Born; Sanierungsbeirat Südliches Reihersiegeviertel; Stadtteilbeirat St. Georg; Stadtteilbeirat Schnelsen-Süd; Stadtteilbeirat Steilshoop; Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg; Redaktion Stadtteilzeitung „Aktiv Wohnen“, Mümmelmannsberg; Standpunkt Schanze e.V.; Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.; Martin-Luther-King-Kirchengemeinde Steilshoop; Ortsverband Die LINKE, Steilshoop.

Susanne Alejos Padilla (Stadtteilbeirat Essener Straße); Imke Behr (Stellvertr. für den Einwohnerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); Maximilian Bierbaum (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg); Jan-Hendrik Blumenthal (Sprecher Stadtteilbeirat Steilshoop); Günther Boldt (Stadtteilbeirat Steilshoop, stellvertr. Vorsitzender Stadtteilbeirat Quartier Appelloff, 1. Vorsitzender FG Steilshoop); Verena Brachvogel (Sanierungsbeirat St. Pauli, DIE LINKE); Lutz Cassel (Vorsitzender des Beirats für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg); Roman-Raffaele Chirico (Bewohner Steilshoop); Rolf Danilow (Stadtteilbeirat Steilshoop); Peter Dreier (Stadtteilbeirat Steilshoop); Sonja Engler (Sanierungsbeirat S 1, Barmbek-Nord-Fuhlsbütteler Str., Vertreterin der Kultureinrichtungen); Thomas Falensky (Stadtteilversammlung Großlohe); Marion Fisch (Quartiersbeirat Osterbrook, DIE LINKE); Uschi Ferlich (Stellvertr. im Stadtteilbeirat St. Georg für das Ganztagsgymnasium Klosterschule); Volker von Garnier (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg/Quartiersbeirat Münzviertel); Rolf-Gerd Goretzki (Stadtteilbeirat St. Georg, ev.-luth. Kirchengemeinde); Ingolf Goritz (Sanierungsbeirat Karolinenviertel, St. Pauli-Nord, DIE GRÜNEN); Uwe Grams (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat Steilshoop); Gudrun Greb (Mitglied Stadtteilbeirat St. Georg); Werner Hansen (Sprecher Stadtteilbeirat Essener Straße); Martin Heger (Bewohner Dulsberg); Renate Hercher-Reiß (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat Wilhelmsburg, DIE LINKE); Michael Joho (Vertreter des Einwohnervereins St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); Dr. Martin Kersting (Stadtteilbeirat Steilshoop); Holger Knorr (Sanierungsbeirat St. Pauli, DIE LINKE); Anastasia Kiloglou-Dora (Vorsitzende Stadtteilbeirat Appelloff); Andreas Kohlen (Stadtteilbeirat Steilshoop); Klaudia Krumreich (Bewohnerin Steilshoop); Steffen Leipnitz (stellvertr. Bewohnervertr. im Stadtteilbeirat St. Georg und stellvertr. Mitglied im Quartiersbeirat Münzviertel für DIE LINKE); Peter Mandok (Stadtteilbeirat Bergedorf Süd, DIE LINKE Bergedorf); Maria Meier-Hjertqvist (Sprecherin der Borner Runde); Marc Meyer (Vertreter im Sanierungsbeirat St. Pauli/ Wohlwillstraße für MhM Hamburger Mieterverein e.V.); Philipp Urs Meyer (Sanierungsbeirat St. Pauli Wohlwillstraße); Georg E. Möller (Mitglied Standpunkt Schanze, zugewählter Bürger im Regionalausschuss 1 der BV Altona); Jörg v. Prondzinski (Sanierungsbeirat Südliches Reihersiegeviertel); Jens Reuter; Barbara Petersen (Sprecherin Stadtteilbeirat Hohenhorst); Sebastian Scheffler (Stadtteilbeirat Steilshoop); Frank Schmidtsdorff (Stadtteilbeirat Steilshoop, DIE GRÜNEN); Manfred Schubert (Stadtteilbeirat Wilhelmsburg, DIE LINKE); Michael Schwarz (Stadtteilbeirat St. Georg); Hans Joachim Seydack (Sprecher Stadtteilbeirat Hohenhorst); Klaus-Jürgen Steinbeck (Stadtteilbeirat Steilshoop, Delegierter im Lenkungsausschuss des HDI/Innovationsquartier); Bernhard Stietz-Leipnitz (Stadtteilbeirat St. Georg/Quartiersbeirat Münzviertel, DIE LINKE); Martin Streb (Vertreter für den Bürgerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); Klaus Stürmann (Vorsitzender des Quartiersbeirats Münzviertel); Petra Thiel (stellvertr. Mitglied im Stadtteilbeirat St. Georg-Mitte, Leiterin Schorsch); Wolfdietrich Thürnagel (Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg); Sönke Ullrich (Stadtteilbeirat Steilshoop); Andreas Vogt (Stadtteilbeirat Hohenhorst); Helmut Voigtland (Stellvertr. für den Bürgerverein St. Georg im Stadtteilbeirat St. Georg); Klaus Wachs (Bewohner Steilshoop); Sylvia Wachs (Bewohnerin Steilshoop); Günter Westphal (Quartiersbeirat Münzviertel); Ursula Witsch (Stadtteilbeirat St. Georg); Günther Wolff (Stadtteilbeirat Steilshoop).

Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte (2013)

Im Oktober 2012 hatten das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und AktivistInnen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt die „Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte“ formuliert und beschlossen. Innerhalb kurzer Zeit unterzeichneten rund 20 Stadtteilbeiräte, diverse mit Stadtteilfragen befasste Organisationen und Vereinigungen sowie mehr als 50 Einzelpersonen die Resolution. Auch in die Hamburger Politik hat das Anliegen Eingang gefunden. Im Rahmen der Haushaltsdebatte im November/Dezember 2012 haben gleich mehrere Bürgerschaftsfraktionen Anträge zur besseren finanziellen Absicherung der Stadtteilbeiräte in Hamburg gestellt. Doch diese Anträge wurden von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Wir begrüßen die auch von der Hamburger Politik vermehrt geführte Diskussion um die Partizipation im Allgemeinen und die Bedeutung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte im Besonderen. Schließlich geht es um nichts weniger als das Funktionieren unserer Metropolgesellschaft im 21. Jahrhundert, die mehr BürgerInnenbeteiligung und Stadtteildemokratie denn je erforderlich und sowieso wünschenswert macht.

Doch die Realität sieht anders aus. Etwa die Hälfte der Hamburger Stadtteilbeiräte wird 2013/14 auslaufen, hier und da vielleicht noch um die kurze „Nachsorgephase“ von einem Jahr verlängert. Die Ursache: Der Senat hält daran fest, dass solche Beteiligungsgremien nur dann eingerichtet und finanziell unterstützt werden, wenn und solange das betreffende Gebiet in ein behördliches Förderprogramm eingebunden ist. Ohne Förderprogramm keine BürgerInnenbeteiligung, so die gegenwärtige Senatsphilosophie.

Die Beiräte sind im Wesentlichen an das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gekoppelt. Dieses sieht eine Stadtteilerweiterung inklusive Beteiligungsgremien immer nur für einige wenige Jahre vor. Hier und da entscheiden allerdings auch Wohlwollen und Interessenslage der parlamentarischen Mehrheiten über die Einrichtung eines neuen Stadtteilbeirats, wie die Beispiele St. Pauli (wurde abgelehnt) und HafenCity (soll kommen) im Bezirk Mitte veranschaulichen.

Natürlich stellt niemand die BürgerInnenbeteiligung, nicht einmal die Beiratsstrukturen grundsätzlich infrage. Doch wenn es um die Verstetigung oder gar Ausweitung der Stadtteilbeiräte, also um die finanzielle Absicherung, die professionelle Begleitung und die daraus resultierende Wertschätzung von Politik und Verwaltung geht, dann kneifen die Verantwortlichen. Von „selbsttragenden Strukturen“ als Ziel für die Beiratsarbeit ist beim Senat neuerdings gehäuft die Rede, also davon, dass sich gerne Menschen vor Ort zusammensetzen könnten, um ihre Stadtteilbelange zu besprechen, aber eben ohne städtische Unterstützung ...

Wie die Erfahrung zeigt, ist es ausgesprochen schwierig, ja meist unmöglich, ein selbstorganisiertes und vor allem selbstfinanziertes vergleichbares Gremium auf Dauer zu halten. Durch das Fehlen eines Stadtteilbüros oder anderer Stellen, welche sich um die Organisations- und Vermittlungsarbeit kümmern, wird das Engagement von ehrenamtlichen Beiräten überfordert. Zudem findet ein solch „freiwilliger“ Zusammenschluss in der Regel nicht das Gehör bei Politik und Verwaltung, wie ein im bezirklichen und städtischen Leben verankerter Stadtteilbeirat.



Wer es ernst meint mit BürgerInnenbeteiligung und Demokratie vor Ort kommt also um abgesicherte, d. h. politisch gewollte und finanziell geförderte Beiratsstrukturen nicht herum.

Und dazu gehören nicht zuletzt die Verfügungsfonds, mit denen viele kleinere und mittlere Projekte und damit das Gemeinschaftsleben in den Stadtteilen spürbar gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund **fordern** die UnterzeichnerInnen der Resolution:

1. Entkoppelung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte von RISE- oder anderen Förderprogrammen, stattdessen Schaffung eines eigenen Etatpostens „Stadtteilbeiräte“ im nächsten Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Erhalt und Verstetigung aller existierenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte mit der entsprechenden finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung
3. Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit der nötigen finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung überall dort, wo der Wunsch geäußert wird
4. Verankerung von Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Stadtteilbeiräten
5. Initiativrecht und regelhafte, frühzeitige Einbindung und Beteiligung der Stadtteilbeiräte, z. B. bei Planungsverfahren
6. Gesetzliche und verfassungsmäßige Absicherung von Teilnehmungsstrukturen und Mitwirkungsrechten auf Stadtteilebene

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, 16.7.2013 ●

Protokoll des Gesprächs des Netzwerkes der Hamburger Stadtteilbeiräte mit Dr. Andreas Dressel und Dirk Kienscherf, 13. November 2014, Rathaus

Anwesend für die Bürgerschaftsfraktion der SPD: Dr. Andreas Dressel (Fraktionsvorsitzender), Dirk Kienscherf (Fachsprecher für Stadtentwicklung), Kerstin Wilmes (Wissenschaftliche Referentin)

Anwesend für das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte: Gudrun Ahlquist (Stadtteilbeirat Iserbrook), Angelika Biermeier (Stadtteilbeirat Steilshoop), Lutz Cassel (Beirat für Stadtentwicklung Wilhelmsburg), Peter Dreler (Stadtteilbeirat Steilshoop), Jürgen Fiedler (Stadtteilrat Dulsberg), Rixa Gohde-Ahrens (Stadtteilbeiräte Essener Straße / Neuwiedenthal); Werner Hansen (Stadtteilbeirat Essener Straße); Peter Heim (Stadtteilrat Barmbek-Süd); Michael Joho (Stadtteilbeirat St. Georg); Dr. Martin Kersting (Stadtteilbeirat Steilshoop); Frank Lundbeck (Stadtteilrat Barmbeck-Süd); Maria Meier-Hjertqvist (Borner Runde); Ina Möller (Bürgerforum Eidelstedt); Britta Pläschke (Stadtteilrat Dulsberg); Dieter Rönfeldt (Quartiersbeirat Jenkelweg / Archenholzstraße); Sabine Tengeler (Luruper Forum); Hartmut Thien (Beirat Eidelstedt-Nord); Wolfdietrich Thürnagel (Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg)

Protokoll: Dr. Martin Kersting (mit Ergänzungen und Korrekturen von Jürgen Fiedler, Rixa Gohde-Ahrens, Michael Joho, Sabine Tengeler, Kerstin Wilmes)

Nach Begrüßung und Vorstellung stellte **Dr. Dressel** fest, dass sich die Bürgerschaftsfraktion der SPD in der Frage „Was wird in die Stadtteile investiert?“ positioniert habe. Einige auch der in der Runde vertretenen Beiräte werden künftig durch die Bezirke aus dem Quartiersfonds finanziert.

Sabine Tengeler stellte das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte vor und bezeichnete die Beiräte als Orte der Hoffnung, wo es möglich sei, die Lebensbedingungen zu verbessern, Orte der Vielfalt, Kooperation und Selbsthilfe, wo Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen zusammen arbeiten. Sie verwies auf die Basisarbeit für Politik und Verwaltung und die Möglichkeit der Partizipation im Alltag. Nachdrücklich machte sie noch einmal auf die Multiplikatorenrolle aufmerksam, welche die Beiräte leisten würden. Sie verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass man aus den dargelegten Gründen über die in den beiden Resolutionen gestellten Forderungen des Netzwerkes in konkrete Gespräche kommen könne. Frau Tengeler benannte die Abkoppelung der Finanzierung von RISE, den Erhalt der Verfügungsfonds, die Einrichtung von Stadtteilbeiräten dort, wo es gewünscht sei, das Initiativrecht und die frühzeitige Einbindung in gesetzgeberische Maßnahmen. Sie machte deutlich, dass es bei dem Quartiersfonds eine Konkurrenzsituation zu zahlreichen anderen Institutionen mit berechtigten Interessen gebe. Deswegen forderte sie namens des Netzwerkes einen eigenen Etatposten.

Exemplarisch erläuterten **Dieter Rönfeldt** und **Frank Lundbeck** die Situation in den von ihnen vertretenen Quartieren. Am Jenkelweg/Archenholzweg laufe die Förderung im April 2015 aus, obwohl die Stadteilarbeit zwei Bürgerpreise bekommen habe; die Integrationsarbeit sei ohne weitere Mittel gefährdet. Barmbek-Süd sei schon vor fast zwei Jahren aus der Förderung heraus gefallen. Das ursprünglich kleine Gebiet im Bereich Dehnheide versuche die Interessen in ganz Barmbek-Süd zu koordinieren. Positiv etwa von der Verwaltung werde aufgenommen, dass es zu einer engeren Abstimmung der sozialen Einrichtungen im Quartier gekommen sei. Man bemühe sich um zwei größere Projekte im kulturellen Bereich. Sabine Tengeler ergänzt die Beispiele: In Luruper gebe es eine lang-

jährige Tradition der Partizipation. So habe in diesem Jahr z. B. das Luruper Forum für das Bezirksamt ein Beteiligungsverfahren für die neu entstehende Community School organisiert und kurzfristig dokumentiert.

Dr. Andreas Dressel äußerte grundsätzliche Zustimmung. Aufgrund der Verstetigung des Quartiersfonds brauche kein Stadtteilbeirat die Befürchtung haben, dass er wegfallt. Für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 würden je zwei Millionen Euro zur Verfügung stehen. Es gebe eine Option auf Erhöhung des Betrags in der nächsten Wahlperiode. Z. B. in Wandsbek sollen gemäß dem Koalitionsvertrag von SPD und Grünen die Stadtteilbeiräte aus dem Quartiersfonds gefördert werden. Es gebe damit auch eine Verlässlichkeit für die Verfügungsfonds. Vorschläge für die Umsetzung der Vergabe der Mittel aus dem Quartiersfonds müssten durch die Bezirkspolitik gemacht werden. Prinzipiell sollten die Bezirke in ihrer Budgetverantwortung gestärkt werden. Im Rahmen der regelmäßigen Treffen mit den sozialdemokratischen Bezirksfraktionen werde diese Linie auch vermittelt werden können.

Dirk Kienscherf stellte fest, dass man sich in der Vergangenheit zu wenig mit der Frage befasst habe „Was passiert danach?“. Man habe das Problem der auslaufenden Förderung mit dem Quartiersfonds gelöst. Es bestehe die Absicht, die existierenden Fonds zu verstetigen. Die rot-grüne Koalition im Bezirk Mitte habe sich mit dem Thema befasst. Ziel sei eine gewisse Systematik und Verlässlichkeit. So habe man sich auf eine sog. „Grundausstattung“ geeinigt, welche bei 6 000 € für verschiedenste Kostenfaktoren und 3 000 bis 5 000 € für die Verfügungsfonds liege. Grundsätzlich gelte, dass derartige Fragen über die Bezirke geregelt werden sollten.

Lutz Cassel teilte mit, dass der Beirat für Stadtentwicklung Wilhelmsburg beinahe untergegangen wäre. Es hätten private Gelder akquiriert werden müssen, ein Beispiel, wie wichtig Verlässlichkeit sei. Beim Quartiersfonds sei nicht definiert, welche Mittel für die Arbeit der Beiräte vorgesehen seien, deswegen die Forderung nach einem eigenständigen und verlässlichen Haushaltstitel.

Michael Joho ging auf die Historie der Stadtteilbeiräte in Hamburg ein: Halb gewollt von der SPD, stark gewollt von den Initiativen, so dass die SPD vorangetrieben worden sei. Nur ein eigener Titel könne Planungssicherheit liefern. Die SPD habe sich da etwas bewegt. Nun müsse es weitergehen.

Sabine Tengeler stellte nachdrücklich fest, dass die Stadtteilbeiräte einen eigenen Schutzraum bräuchten: Es seien oft nicht Profis dort die treibenden Kräfte, sondern Ehrenamtliche und auch nicht immer in Antragsstellung und Kampf um Mittel geschulte Menschen; diese seien nunmehr gezwungen, gegen gestandene Antragsprofis aus Einrichtungen im Kampf um die Quartiersfondsmittel zu bestehen.

Nach **Dirk Kienscherf** sei für diesen Haushalt alles festgezurrert. Die Erfahrungen der nächsten eineinhalb Jahre würden ausgewertet.

Martin Kersting setzte dem entgegen, dass der Quartiersfonds ob seiner Definition als „Feuerwehrtopf“ kein optimaler Titel zur Finanzierung der Stadtteilbeiräte sei. Wie mehrere Vorredner auch befürchtete er die Konkurrenz zu anderen Einrichtungen.

Jürgen Fiedler betonte, dass die Stadtteilbeiräte das Forum sind, in dem die Aushandlungsprozesse im Stadtteil stattfinden und deswegen diese Aufgabenstellung nicht mit den von um Gelder ringenden Projekten aus einem Topf finanziert werden dürfe, da sonst die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Forums gefährdet wird bzw. verloren gehe.

Ergebnisprotokoll der Zusammenkunft zwischen dem Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte und den Vertretern der Hamburgischen Regierungskoalition am 22.2.2016 im Rathaus

Dr. Andreas Dressel wies darauf hin, dass die Finanzsituation auch von der Schuldenbremse geprägt sei. Der Quartiersfonds sei verlässlich und kein Feuerwehrtopf mehr, als welcher er gestartet sei. Man könne die Bezirke nicht aus ihrer Budgetverantwortung entlassen.

Kritik erfuhren die Überlegungen, die Mittel nach Begrüßung und Vorstellung stellte Dr. Dressel fest, dass sich die Bürgerschaftsfraktion der SPD in der Frage „Was wird in die Stadtteile investiert?“ positioniert habe. Einige auch der in der Runde vertretenen Beiräte werden künftig durch die Bezirke aus dem Quartiersfonds finanziert.

Sabine Tengeler stellte das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte vor und bezeichnete die h Bevölkerungszahl der Quartiere zu verteilen durch Michael Joho. Am Beispiel St. Georg machte er deutlich, dass eine derartige Schematisierung dem Charakter und den Bedarfen der Stadtteile nicht gerecht werden würde.

Dirk Kienscherf setzte dem entgegen, dass soziale Indizes und besondere Problemlagen durchaus berücksichtigt würden.

Hartmut Thiem sah auch die Vorteile für die Verwaltung, weil diese gemeinsam mit den Stadtteilbeiräten besser planen könne.

Lutz Cassel unterstrich das und wie darauf hin, dass es zahlreiche Vorhaben gebe, welche mit Hilfe der kompetenten Bewohner vor Ort schneller und kostengünstiger umgesetzt worden seien.

Die weiteren Forderungen des Netzwerkes aus den Resolutionen konnten wegen der fortgeschrittenen Zeit nur angerissen werden. Bezüglich der Einrichtung weiterer Stadtteilbeiräte sah sich Dirk Kienscherf nicht in der Lage, eine Zusage zu geben.

Michael Joho stellte die Frage, warum die Institutionalisierung so viele Schwierigkeiten mache und wie man die Struktur gesetzlich verfestigen könne. Er schlug vor, man möge sich – ähnlich wie Herr Dr. Dressel mit dem Verein Mehr Demokratie – in nächster Zeit zusammensetzen, um sich über die rechtliche Absicherung und Institutionalisierung der Stadtteilbeiräte zu verständigen. Dr. Andreas Dressel hinterfragte, ob es wirklich sinnvoll sei, alles zu verrechtlichen. Die Zusammensetzung und Kompetenzen der Beiräte sollten nicht zentral in Gesetzen geregelt, sondern dezentral vor Ort gestaltbar sein. Er will das Thema aber gleichwohl mit in die Diskussion nehmen.

Maria Meier-Hjertqvist betonte aus ihrer eigenen langjährigen Erfahrung eine von Parteipolitiken unabhängige Kontinuität der Unterstützung und Stärkung der Beiratsarbeit; dieser Forderung würde ein eigener Haushaltstitel am ehesten gerecht.

Mit Zufriedenheit wurde von den Vertretern des Netzwerkes die Nachricht aufgenommen, dass die SPD-Fraktion für einen weiteren Austausch zur Verfügung stehe. ●

Anwesende:

Regierungskoalition: Herr Dr. A. Dressel, Herr D. Kienscherf, Herr O. Duge, Herr R. Schünemann

Quartiersentwickler: R. Gohde-Ahrens, J. Fiedler

Stadtteilbeiräte:

HH-Mitte: W.D. Thürnagel (Mümmelmannsberg), G. Westphal (Münzviertel), M. Joho (St. Georg), L. Cassel (Wilhelmsburg)

Altona: S. Tengeler (Lurup), G. Ahlquist (Iserbrook)

Eimsbüttel: H. Thiem (Eidelstedt-Nord)

HH-Nord: F. Lundbeck (Barmbek-Süd), B. Pläschke, M. Heger, J. Fiedler (Dulsberg), R. Gohde-Ahrens (Essener Str.)

Wandsbek: B. Petersen (Hohenhorst)

Harburg: R. Gohde-Ahrens (Neuwiedenthal)

Vorstellung der Forderungen durch Vertreter des Netzwerkes Hamburger Stadtteilbeiräte:

Forderung 1:

Absicherung der Arbeit durch eine mittelfristige Finanzierung – deswegen eigener Haushaltstitel und nicht Konkurrenz um die Vergabe der Mittel des Quartiersfonds.

Einhellig Meinung, dass ohne finanzielle Aufwendungen eine wirkungsvolle Arbeit der Quartiersbeiräte nicht möglich ist.

Unterschiedliche Ansichten der Beteiligten in der Art des finanziellen Transfers

1. über die Quartiersfonds, die im Zuge der Flüchtlingsherausforderungen um 1 Mio./Bezirk aufgestockt werden (Koalitionäre)

2. über einen zu gründenden Stadtteilbeiräte-Fonds (Olaf Duge will prüfen)

3. über eine Aufnahme in eine der neu zu bildenden Produktgruppen anstelle eines Einzelhaushaltstitels (Beiräte-Netzwerk)

Fazit: Partei- bzw. koalitionsinterne Sondierung und Rückkoppelung noch vor den Sommerferien

Forderung 2:

Strukturelle Absicherung über eine Aufnahme in das Bezirksverwaltungsgesetz.

Fazit: Wurde nicht als prioritär angesehen (von den Koalitionären).

Forderung 3:

Bei Bebauungsplanverfahren Aufnahme unter die Träger öffentlicher Belange.

Fazit: Ein interessanter Gedanke, der geprüft werden soll (laut Koalitionären).

Forderung aus der Politik (25-Punkte-Programm):

Im Kontext von Unterkünften Aufbau von Quartiersbeiräten.

Starke Konzentration der Politik aktuell auf die Unterbringung von Flüchtlingen. In diesem Kontext sollen im Umfeld von Unterkünften Quartiersbeiräte oder vergleichbare Foren eingerichtet werden, um die Integrationsherausforderungen in ihrer Vielfältigkeit quartiersbezogen zu organisieren.

Fazit: Das Netzwerk verweist darauf, dass allein in den Stadtteilen, in denen sich Beiräte im Netzwerk zusammengeschlossen haben, aktuell ca. 8.500 und schon bald Unterkünfte mit ca. 14.000 Flüchtlingen beheimatet sein werden.

Hier sollten keine neue Strukturen geschaffen, vielmehr müssen Doppelstrukturen verhindert und die vorhandenen, aktiven Beiratsstrukturen abgesichert und ertüchtigt werden.

Zudem sind funktionierende Beiratsstrukturen nicht ad hoc auf die Beine zu stellen, sondern das Ergebnis eines meist mehrjährigen, finanziell abgesicherten Prozesses in den Fördergebieten.

Gemeinsame Verabredung:

Zu einem regelhaften kontinuierlichen Austausch zu gelangen über:

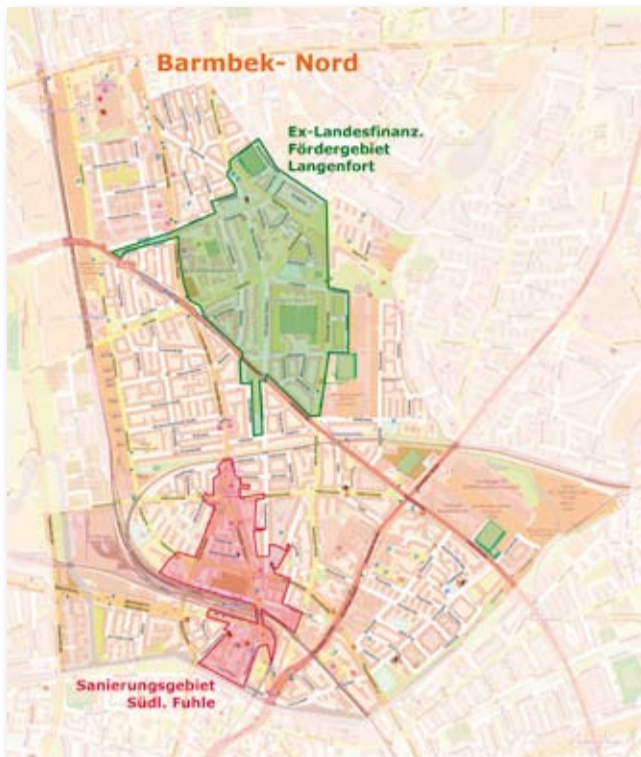
■ Verabredung einer Fortsetzung des Gesprächs noch vor der Sommerpause

■ Vorschlag zu einem/r gemeinsamen Workshop/Klausurtagung im 2. Halbjahr

Wunsch von Herrn Kienscherf nach einer Liste über die aktuelle Förder-systematik (wird erstellt).

Aushändigung der aus Zahlen des „Hamburger Abendblattes“ zusammengestellten Unterkunftsverteilung in den Gebieten der Quartiersbeiräte (hier Aktualisierung nötig).

gez. Jürgen Fiedler ●



Statistische Daten (2015):

Bevölkerung:	40.231
Haushalte:	28.566
Ein-Personen-Haushalte:	71,1 %
Migrationshintergrund:	24,2 %
Durchschnittsjahreseinkommen:	25.545 €
Wohnfläche je Einwohner/in:	37,1 qm
Sozialwohnungen:	2,9 %
SchülerInnen in Stadtteilschulen:	59,3 %
SchülerInnen auf Gymnasien:	38,1 %

Barmbek-Nord

gehört zu den citynahen und dicht besiedelten Stadtteilen Hamburgs.

Nach langem Dornröschenschlaf entwickelt sich Barmbek-Nord nun sehr dynamisch. Bahnhofsumbau, der Tod der Karstadt-Filiale und der „Turmbau zu Barmbek“ (Ansiedlung der VBG im Bahnhofsbereich) waren und sind die Aufreger der letzten Jahre.

Größere Wohnquartiere höheren Standards entstehen, was zu Gentrifizierungs-Befürchtungen führt.

Mit dem landesfinanzierten Fördergebiet Langenfort (abgeschlossen) und dem Sanierungsgebiet südliche Fuhle (bis ca. 2018) steckt die Stadt Hamburg viel Geld in Lebensqualität und Investoren-Attraktivität des Stadtteils. ●

Der Stadtteilrat

Ende 2013 wurde der Stadtteilrat Barmbek-Nord gegründet. Er entstand in der Nachfolge des Gebietsbeirats zum landesfinanzierten Fördergebiet Langenfort / Barmbek-Nord (im Plan oben grün) im Norden des Stadtteils.

Nach Bewältigung der Gründungsformalitäten, der Identifikation relevanter Themen in speziellen Workshops sowie der Ausstattung des Gremiums mit jährlichen Geldmitteln (Verfügungsfonds 2,5 TEUR, für Organisation 5 TEUR) fühlt sich der Stadtteilrat nun für fast ganz Barmbek-Nord zuständig – mit Ausnahme des Sanierungsgebiets südliche Fuhle (im Plan oben rot), für das es derzeit noch einen speziellen „Sanierungsbeirat“ gibt.

Aktuell wirken etwa 30 Mitglieder und weitere Interessierte in den regelmäßigen Zusammenkünften des Plenums und in vier Arbeitsgruppen aktiv daran mit, ihren Stadtteil weiter voran zu bringen:

- **AG Verkehr ohne Motor** – speziell auf die Belange von Fußgängern und Radfahrern gerichtet
- **AG Öffentlichkeitsarbeit** – für den Stadtteil und zur Teilhabe an seinen Belangen
- **AG Soziales Leben** – Informationen über Freizeitangebote und das Engagement für andere
- **AG Stadtteilintegration** – Einbeziehung aller, die neu sind im Quartier und Kontakte brauchen.

Kontakt und Informationen:

Stadtteilrat@Barmbek-Nord.info
Stadtteilrat Barmbek-Nord, c/o Bürgerhaus,
Lorichstraße 28 A, 22307 Hamburg
<http://www.barmbek-nord.info/barmbek-nord/Stadtteilrat-Barmbek-Nord.htm> ●

Vielfalt als Schwerpunkt!

Wer heute, vom Barmbeker Bahnhof kommend, den Stadtteil betritt, erkennt überall Veränderung:

Südlich entstanden ein neuer Marktplatz und erweiterte Kultureinrichtungen, der Norden verbreitet derzeit den „Charme“ einer Großbaustelle, fast fertig ist die neu gestaltete verkehrliche Hauptschlagader von Barmbek-Nord.

Dazu gesellen sich vielerorts Wohnungsneubauten im „amtlichen“ und im „gefühlten“ Barmbek-Nord, Flächen werden intensiver genutzt und bestehende Gebäude aufgestockt. Das größte Quartier entsteht rund um die ehemalige Schiffsbauversuchsanstalt, wo zugleich Kleingärten neu geordnet und der Opernfundus verlagert werden sollen. Selbst wenn ein Drittel der neuen Wohnungen öffentlich gefördert werden soll, steht doch zu befürchten, dass Barmbek-Nord nicht wirklich für alle, die hier heute wohnen, noch bezahlbar bleibt. Darauf müssen wir Acht geben!

Im Zuge der Busbeschleunigung wurde die Fuhle neu gestaltet, die Situation für Fußgänger und Radfahrer hat sich deutlich verbessert. Unsere Arbeitsgruppe „Verkehr ohne Motor“ weist nach Begehungen auf Fehlendes hin, beobachtet hier und im ganzen Stadtteil, wie sich die noch zu flache Lernkurve der Autofahrer im Umgang mit den neuen Fahrradschutzstreifen oder zugeparkten Kreuzungen in nächster Zeit entwickelt.

Barmbek-Nord ist von eher kleinen Wohnungen geprägt. Also suchen Singles, aber auch zahlreiche neu Zugezogene, nach Möglichkeiten zum Kontakt und gemeinschaftlichen Aktivitäten. Der Stadtteilrat fördert Aktionen und Projekte, bei denen Kommunikation im Vordergrund steht. Und er wirbt aktiv dafür, dass auch kleine Gruppen und Einzelpersonen die Unterstützung des Verfügungsfonds nutzen, wenn es um lebendige Nachbarschaft und Gemeinschaft geht.

Damit ein Stadtteilrat aktiv und erfolgreich sein kann, müssen sich noch mehr Menschen für seine Arbeit interessieren. Ziel muss es sein, dass Teilhabe zum Breitensport wird. ●



Barmbek-Süd

Unser wachsender Stadtteil, geprägt von Mehrfamilienhäusern, liegt citynah mit guter ÖPNV-Anbindung; die Versorgung für den täglichen Bedarf ist gegeben.

Obwohl die stark befahrene Hamburger Straße den Stadtteil zerschneidet, wird der ehemalige Arbeiterstadtteil durch die positive Entwicklung im Bildungs- und Kulturbereich und mittels Nachverdichtung aufgewertet. Die stark rückläufige Zahl der Sozialwohnungen erfordert mindestens einen Ausgleich durch Neubau. Die wohnortnahe Gesundheitsversorgung müsste verbessert werden, ebenso die Qualität einiger Grünflächen. ●

Statistische Daten

Quelle: Hamburger Stadtteil-Profile 2015 - Statistikamt Nord

Einwohner (Einw.)	33.116
Einw. je km ² (3,1 km ² gesamt)	10.822
mit Migrationshintergrund (Migh)	24,5 %
Anteil mit Migh an allen <18jähr.	43,6 %
Haushalte (Ø 1,5 Pers./Haush.)	23.127
davon Ein-Personen-Haushalte	69,6 %
Ø Jahreseink. je Steuerpfl. (2010)	28.731 €
Sozialwohn. (3,5% von 21.302 Wohn.)	745
Davon 55,7% bis 2020 aus der Bindung	415
Ø Wohnungsgröße	58,2 m ²



Lageplan © Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung/Bezirksamt Hamburg-Nord ▲

Stadtteilrat Barmbek-Süd

Nach einer 1. Stadtentwicklungsmaßnahme für das Gebiet Dehnhaide von 2000 bis 2006 entwickelte sich aus dem Quartiersbeirat der Stadtteilrat mit dem Stadtteilverein Barmbek-Süd als Rechtsträger. Ein SprecherInnenteam bereitet die monatlichen Sitzungen vor und moderiert sie. Stimmberechtigt ist, wer im Stadtteil wohnt oder arbeitet und mindestens zum dritten Mal an einer Sitzung teilnimmt, bzw. Mitglied des Vereins ist. Mit dem TOP BewohnerInnensprechstunde sind wir niedrigschwelliger Ansprechpartner für die Anliegen der Menschen aus dem Stadtteil. Die 100. Sitzung fand im Mai 2016 statt.

Bei der 2. Stadtentwicklungsmaßnahme von 2007 bis 2009 kam das Parkquartier Friedrichsberg dazu; der Stadtteilrat wurde von der Bezirksversammlung offiziell anerkannt. Seit 2012 arbeitet der Stadtteilrat selbstorganisiert mit reger Beteiligung von BewohnerInnen, VertreterInnen aus Ein-

richtungen, Parteien und der Verwaltung für ganz Barmbek-Süd. Er erhält eine Basisfinanzierung durch das Bezirksamt aus dem Quartiersfonds der Bürgerschaft u. a. für ein stundenweise besetztes Büro; er verwaltet einen Verfügungsfonds von 2.500 €, durch den Maßnahmen im Stadtteil bezuschusst werden.

Der Stadtteilrat begleitet im Interesse der BewohnerInnen kritisch Vorhaben der Verwaltung und von Bauträgern, insbesondere auch bei Bebauungsverfahren. Die AG „Verkehr“ hat viele Vorschläge zur Verkehrssituation gemacht, von denen die ersten zur Umsetzung vorgesehen sind. Die AG „Soziales“ lädt dreimal im Jahr die sozialen Einrichtungen zu „social net(t)“ Sitzungen ein, so zu den Themen Armut und Flüchtlinge. Die AG „Barrierefreies Barmbek-Süd“ bereitet eine Themenwoche 2017 vor.

Der Stadtteilrat kann kämpfen und verhindern: so den Abbruch eines Teils der ältesten Häuser, in denen der „Lord von Barmbeck“ seine Kellerknei-



pe hatte. Auch beim Erhalt der Kulturarbeit in der denkmalgeschützten Bugenhagenkirche setzt der Stadtteilrat sich durch.

Der Stadtteilrat informiert über Schautafeln und die Stadtteilinformationen, die drei- bis viermal im Jahr in 3.500 Exemplaren ehrenamtlich verteilt werden. ●

15

Quartiersplatz mit Wochenmarkt

Ein bis heute nachhaltiges Projekt war der Bau unseres Quartiersplatzes durch Aufhebung eines Straßenstückes zur Verkehrsberuhigung.

Im Herbst 2004 wurde der Quartiersplatz eingeweiht. Bis 2012 wurde in jedem Jahr ein Markt fest mit Bühne von den umliegenden sozialen, kirchlichen und kulturellen Einrichtungen mit dem Stadtteilrat um die Marktstände herum gefeiert.

2007 wurde die Skulptur „Unter der Oberfläche“ als Treffpunkt aus den verschiedenen Ziegelfarben im Stadtteil eingeweiht. Die vielen Baumscheiben der erhaltenen Ginkgo-Bäume werden von einem sozialen Projekt gepflegt.

Der Platz lädt ein zum Verweilen auf einer neuen Rundbank, zum Schachspielen auf dem Freiluftschachfeld, zum Betrachten von Schriftins-

tationen auf dem Pflaster wie „Morgen wird alles anders“. Und natürlich von Anfang an zum Klönen und Einkaufen auf dem Wochenmarkt.

Unser Traum ist die Teilüberdachung des Quartiersplatzes, um wetterunabhängig Veranstaltungen und Feste durchführen zu können. ●



Wochenmarkt (Foto: Ronald Einfeldt) ▲



Die neue Rundbank schafft Nähe (Foto: Ronald Einfeldt) ▲



Schachspieler auf dem Quartiersplatz (Foto: Frank Lundbeck) ▲

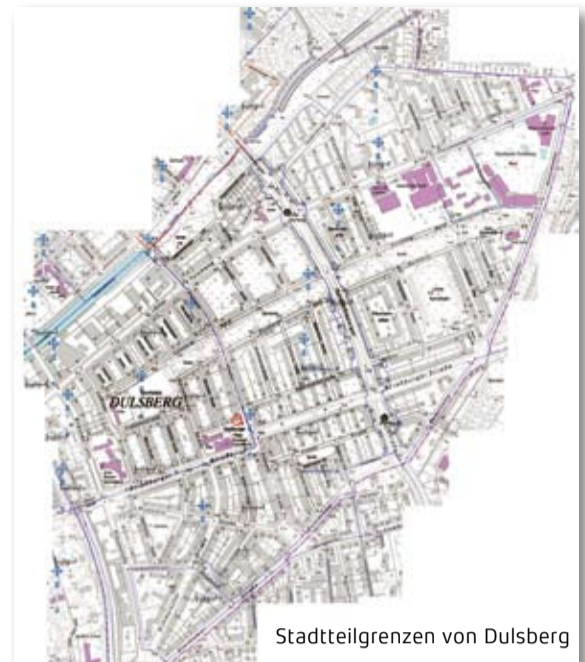
Dulsberg

Als eigenständiger Stadtteil existiert Dulsberg seit 1951 am südöstlichen Rand des Bezirks HH-Nord. Nach dem Entwurf von Fritz Schumacher aus dem Jahre 1918 entstand ein Arbeiterquartier mit heute 17.000 Einwohnern und ca. 10.000 Wohnungen. Große Kriegsschäden führten nach dem Krieg zu einem Wiederaufbau in Form von Kleinwohnungen mit einer heute durchschnittlichen Größe von nur 52 qm, die kleinste Durchschnittsgröße aller Stadtteile Hamburgs. Backstein und Geschosswohnungsbau prägen das Erscheinungsbild. Im Zentrum steht die Frohbotenschaftskirche auf dem Straßburger Platz. Mit Olympiastützpunkt, der Eliteschule des Sports und dem Beachvolleyball-Center ist Dulsberg bedeutender Sportstandort. ●

Statistik Dulsberg

(Quelle: Hamburger Stadtteil-Profile 2015):

Bevölkerung	17.282
unter 18-Jährige	12,8 %
über 65-Jährige	12,2 %
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	40,5 %
Einpersonenhaushalte	70,8 %
Haushalte mit Kindern	11,7 %
Alleinerziehende	
an Haushalten mit Kindern	44,3 %
unter 15-jährige in Mindestsicherung	46,2 %
durchschnittliche Wohnungsgröße	53,2 qm
Sozialwohnungen	9,9 %
davon auslaufend bis 2020	44,7 %



Der Stadtteilrat

Eine beeindruckende Vita kennzeichnet den Stadtteilrat Dulsberg.

Aus der Taufe gehoben am 27.8.1992 begleitet, prägt und steuert er seitdem die Entwicklung des Stadtteils Dulsberg in einmaliger Art und Weise. Ende 2016 hat sich das Gremium zum 268. Mal getroffen: eine beeindruckende Zahl.

Aus einem durch die Bezirkspolitik eingesetzten Gremium ohne so rechte Idee, was denn die eigene Aufgabenstellung sei, hat es sich zu einem über die Maßen selbstbewußten Gremium, sprich: Zusammenschluss von BewohnerInnen und wichtigen Akteuren aus dem Stadtteil entwickelt, dessen Wort Gewicht hat. Egal ob das Gegenüber die städtische oder bezirkliche Verwaltung oder die Politik ist, die Tatsache, dass hier Meinungsbildung vor Ort zu einer Positionsfindung geführt hat, macht es sehr schwer, sie in Entscheidungsprozessen zu missachten.

1997 emanzipierte sich die Bewohnerschaft, indem sie die Sitzverteilung zu ihren Gunsten durchsetzte, nicht ohne dabei in offene Konfrontation gegangen zu sein. Heute ermöglicht die Geschäftsordnung einen unkomplizierten Zutritt zur Stimmberechtigung.

Im Jahr 2010 wurde der Stadtteilrat Dulsberg anlässlich seiner 200. Sitzung für sein Engagement mit einem Empfang durch die damalige Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Anja Hajduk, in der Opernlounge geehrt.

Bis heute kennzeichnend ist die hohe Kontinuität der Mitglieder und ein hilfreicher Aspekt die Existenz des Stadtteilbüros Dulsberg, das als Geschäftsstelle fungiert und die organisatorischen Abläufe übernimmt.

Kopfzerbrechen bereitet seit Anbeginn der Tage die Einbindung von migrantischen Communities in das Gremium genauso wie die Gewinnung jüngerer Bewohnerschaft.

Der Stadtteilrat war und ist „die Stimme“ des Stadtteils und alle müssen sich bewusst sein, dass die Entwicklung des Quartiers aufs Engste mit der Zukunft des Stadtteilrates verbunden ist. ●

Bewahren oder Gestalten?

Am Beispiel Freibad – BeachCenter

Im Jahre 2000 erschien ein Gutachten, das erstmals den Bestand des Dulsberger Freibades in Frage stellte. 2003 wurden die Schließungsabsichten deutlicher erkennbar. Bäderland wollte das Freibad schließen – es sei unrentabel und es gäbe erheblichen Renovierungsbedarf. Wie sollen wir damit umgehen? Untere welchen Bedingungen könnten wir uns vorstellen, die Fläche für eine andere Nutzung herzugeben? Was könnte der Stadtteil gewinnen?

Wir fragten uns zunächst, was wir tatsächlich verlieren würden. Natürlich eine wunderschöne Grünanlage und riesige Wasserflächen. Aber für junge Leute war das Freibad eigentlich nur noch nachts attraktiv, wenn sie es heimlich genutzt haben. Die Anzahl der regelmäßigen Badegäste entsprach dem baulichen Zustand: bescheiden.

In schlechten Sommern vegetierte die Fläche zu 80% des Jahres vor sich hin – eine Fläche, die vielleicht auch ganzjährig attraktiv sein könnte.

Was wollten wir gewinnen: Einen attraktiven Punkt im Stadtteil, der auch Menschen aus anderen Stadtteilen anziehen könnte, eine Gastronomie für Alle, eine Möglichkeit zum Schwimmen und der Erhalt einer Rasenfläche.

Nur durch intensive Kommunikation des Stadtteilrates mit dem Olympiastützpunkt, mit Bäderland Hamburg und dem Bezirksamt Hamburg-Nord konnte ein Berliner Beachvolleyballbetreiber für ein Engagement in Dulsberg gewonnen werden. Trotz anfänglicher Skepsis war dieser Betreiber schließlich bereit, mit dem Stadtteilrat zu kooperieren, also unsere Wünsche zu berücksichtigen und die Stadtteilinteressen ernstzunehmen. Und wir hatten unser Stadtteilbüro, das sich immer als Vermittler zwischen uns und den genannten Akteuren aktiv eingesetzt hat.

Am Ende wurde vieles so verwirklicht, wie wir es vorgegeben hatten – allein das Schwimmbekken erschien für Kinder und Jugendliche extrem unattraktiv! Es gelang uns, gegenüber Verwaltung, Kommunalpolitik und Investor, unsere Idee einer Breitwellenrutsche durchzusetzen und so konnte im Mai 2008 mit allen Beteiligten die Einweihung des Freibades gefeiert werden!

Der Prozess war nicht leicht für das Gremium, aber wir konnten beweisen, dass ernsthafte Beteiligung, die auch etwas gestalten darf und will, für alle Seiten ein Gewinn ist und sich lohnt! ●



Becken vor der Umgestaltung (Foto: Jürgen Fiedler) ▲



Während der Umbauphase (Foto: Jürgen Fiedler) ▲



Plantschbereich (Foto: Jürgen Fiedler) ▲



Die neue Breitwellenrutsche (Foto: Jürgen Fiedler) ▲



EIDELSTEDT-NORD

Eidelstedt-Nord liegt am nordwestlichen Stadtrand von Hamburg unmittelbar an der Grenze zu Schleswig-Holstein. Das Gebiet wird durch die Autobahn A 23 vom nördlich gelegenen Stadtteil Schnelsen abgegrenzt. Eidelstedt-Nord kann im Rahmen des ÖPNV durch AKN und Busse relativ gut erreicht werden. Das Zentrum des Stadtteils ist der Eidelstedter Platz und vom Gebiet aus zügig erreichbar.

Der Stadtteil wurde durch das EU-Projekt *Poverty III* von 1990 bis 1994 gefördert und in der Folge mit den Senatsprogrammen „Armutsbekämpfung als zusätzliche Maßnahmen gegen Armut als Bestandteil sozialer Stadtentwicklung“ und „Soziale Stadtteilentwicklung“ unterstützt. ●

Statistische Daten

Bevölkerung:	3.047
Haushalte:	1.830
Ein-Personen-Haushalte:	57,4 %
Migrationshintergrund:	38,9 %
Durchschnittsjahreseinkommen je Steuerpflichtigen (2010):	27.988 € *
Wohnfläche je Einwohner/in:	37,1 m ² *
Sozialwohnungen:	keine (2009 ausgelaufen)
SchülerInnen in Stadtteilschulen:	72 %
SchülerInnen in Gymnasien:	26 %

*) bezogen auf den Ortsteil Eidelstedt, für Eidelstedt-Nord liegen keine gesonderten Angaben vor



Lageplan Eidelstedt-Nord ▲

Der Beirat Eidelstedt-Nord

Es begann in den 80er Jahren mit der „Neuen-Heimat-Affäre“. Die BewohnerInnen am Hörghensweg befürchteten den Verkauf ihrer Wohnungen an Spekulanten. Aus dieser Bewegung heraus und durch den Wunsch nach einer Verbesserung des Wohnungsumfeldes konnte das Quartier als Standort für das EU-Projekt benannt werden. Es entstand das Bürgerforum als Bewohnerversammlung und es bildeten sich Arbeitskreise.

1996 wurde der Stadtteilbeirat als übergeordnetes Gremium gegründet, der sich aus BewohnervertreterInnen und der VertreterInnen der sozialen Ein-

richtungen im Gebiet, den Wohnungsunternehmen und der örtlichen Politik zusammensetzt. Der Stadtteilbeirat soll als Lobby für das Gebiet tätig sein und befasst sich in diesem Zusammenhang mit zentralen strategischen Themen.

Der Stadtteilbeirat gab sich Ende 2001 erstmals eine Geschäftsordnung und beschloss, im Sinne der sozialen Stadtteilentwicklung als übergeordnetes Gremium für Eidelstedt-Nord tätig zu bleiben. Mit Ende des Senatsprogramms benannte er sich in Beirat Eidelstedt-Nord um. Seitdem ist er auch für alle BürgerInnen, die sich für das Quartier einsetzen, offen. ●



SOMMER UNTERM SCHIRM

Es begann im August 1995: Das Zelt von „Kirche unterwegs“ wurde in der Anlage der SAGA GWG am Hörghensweg aufgeschlagen. Unter dem Titel „Im Sommer zu Haus“ hatten sich viele Einrichtungen aus Eidelstedt zusammengetan und ein Programm angeboten für die EinwohnerInnen, die in den Ferien in Hamburg geblieben sind. Das Zeltprojekt war so erfolgreich, dass es schon im

nächsten Jahr wiederholt wurde. Das Zelt von „Kirche unterwegs“ gab es dann zwar nicht mehr, aber der Grundgedanke und die Resonanz überzeugten. Das Ferienprojekt des Evangelischen Gemeindedienstes ist seitdem zu einem festen Stadtteilprojekt geworden. Unter der Trägerschaft der Kirche bringen soziale Einrichtungen des Stadtteils MitarbeiterInnen und Ideen ein und gestalten mit

den AnwohnerInnen jedes Jahr „Sommer unterm Schirm“, um vor allem den Menschen, die sich keine Urlaubsreise leisten können, den Sommer nach Hause zu bringen.

Finanziert wird das Projekt durch Spenden und nachdem Stadtteilentwicklungsmittel nicht mehr zur Verfügung stehen, seit 2005 durch Sondermittel der Bezirksversammlung. ●

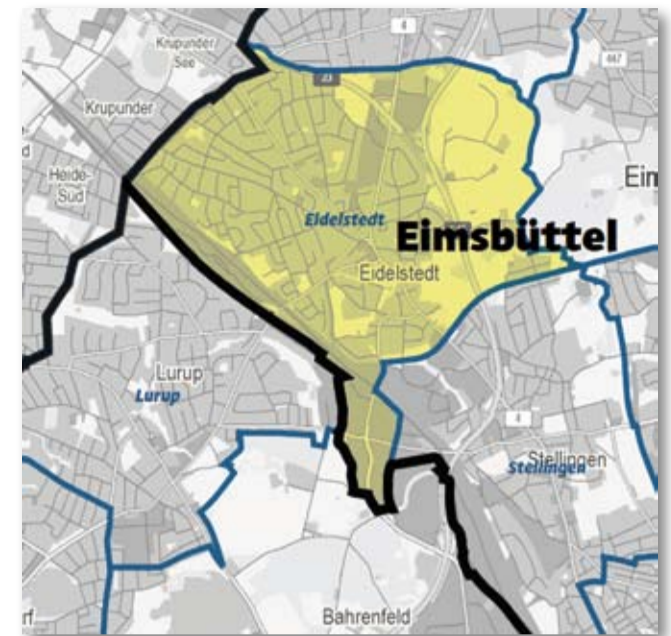


Eidelstedt

Eidelstedt liegt als einer der neun Stadtteile des Bezirks Eimsbüttel an der nordwestlichen Stadtgrenze. Auf einer Fläche von 8,7 km² hat sich über die Jahrzehnte aus einem ursprünglich landwirtschaftlich geprägten Stadtteil ein mit Gewerbe und Wohnnutzung gemischtes Quartier entwickelt. In dem vor 30 Jahren neu gestalteten Zentrum gruppieren sich um einen Marktplatz, das Eidelstedt Center, Gastronomie, Einzelhandel und Bürgerhaus. Der Versuch, das Zentrum mit einer Erweiterung des Centers zu beleben, wurde kontrovers diskutiert. Da hierfür alter Baumbestand hätte gefällt werden müssen, wurden diese Pläne 2012 mit einem Bürgerentscheid gestoppt. 2013 gründete sich das Bürgerforum und Ende 2016 kommt der Stadtteil ins RISE-Programm. ●

Statistische Daten

Bevölkerung:	32.317
Haushalte:	16.893
Ein-Personen-Haushalte:	8.265
Migrationshintergrund:	10.128
Durchschnittsjahreseinkommen = Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen:	27.988€
Wohnfläche je Einwohner/in:	37,1 m ²
Sozialwohnungen:	1.595
SchülerInnen in Stadtteilschulen:	937
SchülerInnen auf Gymnasien:	547



Lageplan ▲

Bürgerforum Eidelstedt

Geegründet wurde das Bürgerforum Eidelstedt am 10. Juni 2013. Es versteht sich als Stadtteilbeirat. Mit den regelmäßigen Treffen 5 bis 10 Mal pro Jahr hat sich das Bürgerforum im Quartier als Gremium der Bürgerbeteiligung gut entwickelt und etabliert. Mitglied und stimmberechtigt ist, wer mindestens drei Mal innerhalb von 12 Monaten teilgenommen hat, in Eidelstedt lebt oder arbeitet oder sich für den Stadtteil engagiert. Gewählt wird nur die Geschäftsführung. Sie organisiert die regelmäßigen Sitzungen mit Raumsuche, Tagesordnung, Einladung, Moderation und Protokollen sowie die Pflege der Internetseite www.buergerforum-eidelstedt.de. Sämtliche

Arbeiten findet ehrenamtlich statt, ein Budget gibt es nicht. Für Projekte wie BürgerBeete, OpenAirKino und Denkmalrallye werden Sponsorengelder und Bezirksmittel eingeworben. Ziel ist es, eine lebendige Entwicklung Eidelstedts zu unterstützen und zu fördern. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den vor Ort vorhandenen Institutionen wie Bürgerhaus, Bürgerverein, Gewerbetreibenden, sozialen Einrichtungen sowie mit Vertretern aus Politik und Verwaltung. Nach einem vom Bezirksamt organisierten moderierten Verfahren in 2015, wurde Eidelstedt jetzt glücklicherweise in das Städtebauförderprogramm RISE aufgenommen. Ab Herbst wird es einen Gebietsentwickler geben und ein offizieller Stadtteil-



beirat auch für Eidelstedt-Zentrum entstehen. Das Bürgerforum wird in der einen oder anderen Form Teil davon werden. ●

18

Eidelstedt ... offen und bunt

... das wichtigste Projekt ist,

den Stadtteil als lebendiges Quartier zu erhalten und weiter zu entwickeln. Konkret haben wir dazu jährliche Veranstaltungen wie das OpenAirKino auf dem Eidelstedter Markt und die DenkMalRallye am Tag des offenen Denkmals neu begonnen. Die zahlreichen in Eidelstedt vorhandenen Denkmäler sind dabei mehr wert als es auf den ersten Blick scheint. Sie ermöglichen uns einen Bezug zu unserem Stadtteil und geben Ansätze für seine Weiterentwicklung.

Außerdem gibt es die **BürgerBeete**. Privatleute, einzelne Gruppen wie z. B. vom Bürgerverein und

das Bürgerforum gemeinsam mit der Stadteilschule Lohkampstraße nehmen Beete im Zentrum in Pflege: Gemeinsam gärtnern, den Stadtteil verschönern und sich dabei austauschen. So entsteht aus der mangelnden städtischen Pflege öffentlichen Grüns etwas Positives für unser Quartier.

Vom Bürgerverein wurde der **Busbahnhof** in Angriff genommen. Mit viel Nachfragen wurden die dort zuständigen Behörden dazu gebracht, lange ausstehende Instandsetzungsarbeiten auszuführen. Und mit gemeinsamen Kräften wurde das Beet an der Doppeleiche neu angelegt.

In unserem Stadtteil Vorhandenes nutzen, es stärken und weiter entwickeln: Dazu stehen Projekte wie das ein Markt-Cafe, der Bildhauer-

workshop auf dem Platz und ein neues Bürgerfest auf der Agenda.

Eine weitere Herausforderung haben wir außerdem mit dem Neubau des Quartiers am Hörgensweg hinzubekommen. Dort entstehen 800 neue Wohneinheiten, davon 350 für Geflüchtete. Gemeinsam mit dem Stadtteilbeirat Eidelstedt-Nord begleiten wir die Entstehung dieses neuen Quartiers und seine Einbindung in unseren Stadtteil.

Mit unserer Arbeit möchten wir den Sinn für unser Gemeinwohl vor Ort fördern und mit Transparenz in den Entscheidungsprozessen Politikverdrossenheit verringern. Eine nachhaltige Quartiersentwicklung ist nur mit den Menschen vor Ort möglich. ●



Quartier Essener Straße

Das etwa 75 ha große Gebiet liegt im Stadtteil Langenhorn am nördlichen Stadtrand von Hamburg. Die Großwohnsiedlung Essener Straße mit den gebietsprägenden 3- bis 4-geschossigen Gebäuden aus rotem Klinker entstand 1979-85. Da die Siedlung in bestehende Einfamilien- und Reihenhausstrukturen hinein errichtet wurde, sind die Baustrukturen und Wohnformen innerhalb des Gebiets heterogen; es bestehen unterschiedliche soziale Milieus in enger Nachbarschaft. Die Besonderheit des städtebaulichen Konzepts liegt in der ausdrücklichen Familienfreundlichkeit mit einer hohen Anzahl großer Wohnungen und der Einbeziehung des Wohnumfeldes als Erlebnisraum. Die großzügigen Grün- und Wohnwegstrukturen sind ein großes Plus des Gebietes. Der Marktplatz Käkenhof ist das Quartierszentrum und gleichzeitig einziger Ort mit Nahversorgungsinfrastruktur. ●

Statistische Daten

(Stand 31.12.2014)

Gebietsgröße:	75 ha
Bevölkerung:	5040
bis 18-Jährige:	1101 (= 21,8 %)
ab 65-Jährige:	847 (=16,8 %)
mit ausländischem Pass:	753 (=14,9 %)
mit Migrationshintergrund:	2069 (=41,1 %)
Ein-Personen-Haushalte:	972 (=41,7 %)
Haushalte mit Kindern:	625 (= 26,8 %)
Alleinerziehendenanteil	
aller Haushalte:	236 (=10,1%)
Sozialwohnungen:	1217
Bindungsauslauf bis 2020:	89,2 %



Auch Jugendliche stellen ihre Aktivitäten vor und nutzen den Verfügungsfonds. ▲

Der Stadtteilrat Essener Straße

Der Stadtteilrat ist ein offenes Quartiersforum mit dem Ziel, durch eine Bündelung des Wissens und der Ressourcen aller Akteure und der Bewohnerschaft das Quartier positiv zu entwickeln und konkrete und spürbare Verbesserungen voranzubringen. Das im Nov. 2007 am Beginn der Quartiersentwicklung gegründete Gremium tagte bis Ende 2015 monatlich, ab 2016 und damit im sog. Nachsorgejahr finden die Treffen alle zwei Monate statt. Sie stehen allen Interessierten offen. Der Stadtteilrat hat sich in seinem 9-jährigen Bestehen als kontinuierlich arbeitendes Gremium mit guter und eingeübter Beteiligungskultur erwiesen. Die Mitglieder schätzen außerdem am Rat,

dass man sich untereinander – Bewohner und Akteure – kennenlernt, aktuelle Informationen austauscht, Netzwerkarbeit betreibt und tatsächlich Ergebnisse aus der Stadtteilratsarbeit entstehen: sei es, dass thematische Arbeitsgruppen oder Runde Tische entstehen, sei es, dass Ideen oder Maßnahmen umgesetzt werden oder mindestens Rückenwind bekommen. Mitglieder des Stadtteilrats sind Bewohner sowie Akteure aus Stadtteilinstitutionen und Wohnungsunternehmen sowie aus Verwaltung und Politik. Es gibt zurzeit ca. 45 Mitglieder. Mitglied aus der Bewohnerschaft kann werden, wer dreimal am Stadtteilrat teilgenommen hat. Abgestimmt wird im Stadtteilrat auch über die Anträge aus dem Verfügungsfonds (10.000 Euro pro Jahr). ●

LEiLA – Leben in Langenhorn e.V.

Unser neuer Stadtteilverein



Um Erfolge, Projekte und Produkte aus der Phase der geförderten Quartiersentwicklung auch längerfristig zu sichern und um ehrenamtliches und freiwilliges Engagement zu stärken und diesem ein Dach zu bieten, entstand aus dem Stadtteilrat heraus die Idee, einen Stadtteilverein für das Quartier und den Stadtteil zu gründen. Das Dach des Vereins ermöglicht es, Träger oder Kooperationspartner von Projekten zu sein, finanzielle Unterstützung zu akquirieren oder Zuwendungen zu verwalten sowie Spenden entgegenzunehmen. Die Idee nahm 2010 mit der Gründungsversammlung des Vereins „LEiLA

– Leben in Langenhorn“ Gestalt an. Verein und Satzung wurden 2011 als gemeinnützig anerkannt.

Die mittlerweile ca. 40 Mitglieder sind Menschen aus dem Stadtteil, die aus ganz unterschiedlichen Berufen und Lebenslagen kommen. Auch Vertreter aus Stadteleinrichtungen, einige Gewerbetreibende und eine Wohnungsgenossenschaft sind dabei. Die Vereinsmitglieder wollen offenes Ohr sein und ins Gespräch kommen mit Jung und Alt. Sie arbeiten mit Initiativen und Einrichtungen des Stadtteils zusammen. Seit 2012 ist der Verein Veranstalter des Sommerfestes und des Weihnachtszaubers – natürlich immer in Kooperation mit anderen – und trägt oder unterstützt seit 2014 den „Stadtteilgar-

ten InPeLa“, das Bewegungsprojekt „Raus aus dem Haus“ und das Nachbarschaftscafé „Lütt Café“.

Seit 2015 ist der Verein Träger der neuen Stadtteilzeitung. Die Vereinsarbeit und das Miteinander im Verein sollen Spaß machen: Für den Austausch und guten Kontakt unter den Mitgliedern gibt es daher regelmäßig offene Vereinstreffen.

An den Projekten mitzuwirken und Mitglied im Stadtteilverein zu werden, sind alle eingeladen, die kreativ am Leben in Langenhorn mitwirken und Einfluss nehmen möchten. Oder Lust haben, sich für einen lebenswerten Stadtteil und gesellschaftliche Vielfalt einzusetzen. Vereinssitz und Anlaufstelle ist das Stadtteilbüro 16H direkt am Marktplatz. ●



Das Bewegungsprojekt für Erwachsene „Raus aus dem Haus“ ▲



Der Stadtteilgarten InPeLa ▲

Großlohe

Die Siedlung Großlohe mit den beiden in sich geschlossenen Quartieren Großlohe-Nord und Großlohe-Süd, die durch die Stapelfelder Straße voneinander getrennt werden, entstand in den sechziger Jahren als neues Stadtviertel des sozialen Wohnungsbaus mit den seinerzeit üblichen Standards.

Die heterogene Baustruktur mit ihren drei- und viergeschossigen Zeilenbauten, zweigeschossigen Laubenganggebäuden und Reihenhäusern prägen im Wechselspiel mit einem hohen Grün- und Freiflächenanteil das Stadtbild. ●



Stadtteilversammlung (Foto: Thomas Falensky) ▲

Die Stadtteilversammlung

Großlohe gehörte bis Ende 2005 zu den ausgewählten Gebieten im Rahmen des Hamburgischen Stadtteilentwicklungsprogramms (STEP). Die Stadtteilversammlung Großlohe als Nachfolger des damaligen Stadtteilbeirates Anfang 2006 neu konstituiert. Das Credo der Stadtteilversammlung Großlohe ist der niedrigschwellige Zugang zur aktiven Stadteilarbeit im Stadtteil. Die Aufgabe der Stadtteilversammlung besteht darin, die vielfältigen Interessen und Meinungen der Akteure im Stadtteil miteinander zu diskutieren, abzuwägen und ein Meinungsbild zu erarbeiten, das die abgestimmte Interessenlage des Stadtteiles wiedergibt.

In besonderer Weise fühlt sich die Stadtteilversammlung verpflichtet,

- die sozialen Lebensbedingungen in Großlohe zu verbessern,
- die Kommunikation im Stadtteil zu fördern,
- das kulturelle Leben im Stadtteil zu unterstützen,
- das Engagement von Bürgern und Gruppen zu ermöglichen und
- ein Forum zu sein, um mit politisch Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen.

Die Stadtteilversammlung besteht aus vier Gruppen von stimmberechtigten Mitgliedern:

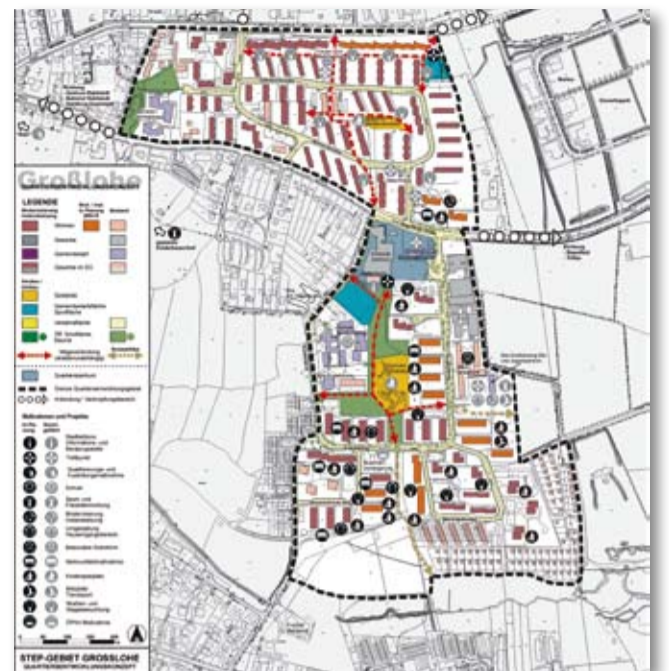
- Bewohner aus Großlohe (mind. 10 Stimmen)
- Politik
- Wohnungswirtschaft und Gewerbe
- im Stadtteil tätige Vereine.

Bewohnervertreter der Stadtteilversammlung sind nach dreimaliger Sitzungsteilnahme in Folge auf Wunsch stimmberechtigte Mitglieder. Glaubhafte Entschuldigungen werden als Teilnahme gewertet, mit dem Ziel, einen niedrigschwelligen Zugang zur Stadteilarbeit zu ermöglichen.

Diese Geschäftsordnung trat mit Beendigung der vorangegangenen Amtszeit des Stadtteilbeirates Großlohe am 31. Januar 2006 in Kraft. ●

Statistik Großlohe

Größe:	ca. 3,45 qm
Einwohner:	ca. 11.500
Wohnungen:	ca. 5.850
Betriebe:	ca. 110
Grundeigentümer:	überwiegend SAGA/GWG, wenige Privateigentümer
Ergebnis des Sozialmonitorings:	
Großlohe Nord:	sehr niedriger Status, stabile Dynamik,
Großlohe Süd:	sehr niedriger Status, positive Dynamik (erstmalig)



(Quelle: Quartiersentwicklungskonzept Großlohe) ▲

Treffpunkt Großlohe



Nahezu zeitgleich mit der Konstituierung der Stadtteilversammlung Großlohe als Nachfolgerin des bisherigen Stadtteilbeirates wurde der Treffpunkt Großlohe im Jahr 2006 eröffnet. Er wurde von Bewohnern des Stadtteils konzipiert und ins Leben gerufen. Der Träger ist das Seniorenbüro Hamburg e.V. Eine Besonderheit des Treffpunkts Großlohe ist, dass nur Angebote stattfinden, die auch von Bewohnern gewollt werden und auch selbst durchgeführt werden. Eine weitere Besonderheit ist, dass alle Generationen und alle Menschen jedweder Herkunft oder Religion herzlich willkommen sind und auch an den Projekten und Veranstaltungen im Treffpunkt Großlohe teilnehmen.

Über die Jahre hat sich der Treffpunkt Großlohe als eine feste Anlaufstelle im Stadtteil etabliert. Anfangs mit ca. 2.000 Besuchern im Jahr bis zum Jahr 2015 mit ca. 25.000 Besuchern.

Die Angebote im Treffpunkt Großlohe reichen vom montäglichen Bürgerfrühstück und dem samstäglichen Pottkieker (Mittagstisch), über Kreativ- und Spielegruppen, Fotogruppe und Computerkurse für Ältere bis hin zu Sozial(-rechtlicher) Beratung.

Hier eine Auswahl der Angebote:

Angebote für Senioren und die Generation 50+ :

- ▶ PC-Kurse für Senioren (Anfänger und Fortgeschrittene)
- ▶ Englisch-Kurse für Senioren
- ▶ Wöchentliches Seniorencafé

Angebote für Jugendliche, Erwachsene & Senioren:

- ▶ Internet-Café (zwei feste wöchentl. Termine)
- ▶ Wöchentlicher Wii-Sport für Senioren
- ▶ Wechselnde Kunstausstellungen
- ▶ Regelmäßige Sprechstunde von Bewohnern für Bewohner
- ▶ Hartz-IV-Beratung
- ▶ Bücherstube (mit Ausleihmöglichkeit und Bücherflohmärkten)
- ▶ Selbsthilfegruppen: Schlaganfallbetroffene und Angehörige, Angst und Depressionen
- ▶ Legasthenie und Dyskalkulie
- ▶ Schuldnerberatung durch den ASB
- ▶ Ausrichtungsort der Stadteilkonferenz (Gremium der sozialen Einrichtungen des Stadtteils)
- ▶ Regelmäßige Infoveranstaltungen des Mietervereins. ●



Podiumsdiskussion zur Bezirkswahl im Treffpunkt ▲
(Foto: Thomas Falensky)



Wandbild Treffpunkt (Foto: Thomas Falensky) ▲



Weihnacht im Treffpunkt (Foto: Thomas Falensky) ▲

Hohenhorst

Hohenhorst entstand in den 1960er Jahren am östlichen Stadtrand Hamburgs auf einer 155 ha großen, landwirtschaftlich genutzten Fläche. Das Quartier mit dem großen Hohenhorst Park ist durch einen Wechsel zwischen Punkthochhäusern, Mehrfamilien-, Einzel- und Reihenhäusern geprägt. Der zentrale „Berliner Platz“ und die umliegenden Straßen wurden auf Grund eines Senatsbeschlusses nach Berliner Stadtteilen benannt, um zur Zeit des Mauerbaus die Verbundenheit mit Berlin zu zeigen.

Seit 2007 wird Hohenhorst durch das RISE-Programm (ehem. Aktive Stadtteilentwicklung) gefördert und befindet sich seit 2016 in einer 2-jährigen Nachsorgephase. ●

Statistische Daten Hohenhorst

(laut Abschlussbericht)

Bevölkerung ³	11.256
Haushalte ²	6.095
Ein-Personen-Haushalte ²	49,9%
Sozialwohnungen ¹	8%
Bevölkerung über 64 ²	20%
Bevölkerung unter 18 ²	18%
Migrationshintergrund ²	42,5%
Schüler mit Abitur/Fachabitur ²	37%
Schüler mit Realschulabschluss ²	33%

(¹ 2012, ² 2013, ³ 2014)



Lageplan RISE-Gebiet Hohenhorst (Quelle BSW) ▲



Stadtteilbeirat Hohenhorst (Foto: BA Wandsbek) ■

Der Stadtteilbeirat

Seit seiner Gründung 2008 ist der Stadtteilbeirat mit mittlerweile mehr als 80 Sitzungen zu einem eingespielten und konstruktiven Gremium geworden, das sich aus Vertretern der Bewohner und Institutionen Hohenhorsts sowie der Politik zusammensetzt. Seit 2015 werden die Bewohner-Vertreter nicht mehr gewählt. Mitglied ist nun, wer dreimal anwesend war und im Gebiet wohnt, arbeitet oder besonders engagiert ist.

Eine durch das Gremium gewählte Geschäftsführung organisiert, mit Unterstützung des Bezirksamts, die nunmehr alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen, deren Moderation und Protokoll im Rotationsverfahren geleistet werden. Während der Nachsorgephase 2016 und 2017 wird der Stadtteilbeirat zusätzlich durch einen Stadtteil-Assistenten unterstützt. Für diesen Zeitraum gibt es noch einen kleineren Verfügungsfonds, mit dem Projekte unterschiedlicher Art unterstützt werden können. Gemäß Beschluss der Bezirksversammlung Wandsbek wird es nach der Nachsorgephase weiterhin einen Verfügungsfonds geben, dessen Mittel dann aus dem Quartiersfonds bereitgestellt werden sollen.

Der Stadtteilbeirat hat seit Januar 2016 im Haus am See für einen moderaten Mietanteil seine „Heimat“ gefunden. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel wurden für 2016 ebenfalls aus dem Quartiersfonds genehmigt. ●

Hohenhorst erhält ein Community Center

Jahrelang gab es den Wunsch nach einem Bürgerhaus als zentralem Anlaufpunkt. 2008 war es dann soweit, Hohenhorst sollte mit der Finanzierungsmöglichkeit durch RISE und dem Konjunkturprogramm des Bundes ein Community Center bekommen. Bei der Auslobung des Architektenwettbewerbs und der Entscheidung für den endgültigen Entwurf waren Bürger, Stadtteilbeirat und Einrichtungen mit beteiligt.

Im Mai 2010 gab es dann eine dramatische Wendung. Auf Empfehlung der Finanzbehörde sollten die zur Verfügung gestellten Konjunkturmittel anderweitig verwendet werden, da eine fristgerechte Endabrechnung der Baukosten unmöglich zu sein schien. Das, obwohl der Zeitplan allen Beteiligten seit langem bekannt war. Enttäuschung, Unverständnis und Wut machten sich breit. Protestbriefe und verärgerte Stellungnahmen konfrontierten Medien und Abgeordnete aus Bundestag, Bürgerschaft und Bezirksversammlung mit diesem Problem. Empörung und Unverständnis waren hier ebenfalls sehr groß und man versprach, sich auch auf parlamentarischem Wege für eine Korrektur der Entscheidung einzusetzen. Eine Protestaktion von etwa 100 aufgebrachten Bürgern bestätigte eindrucksvoll die Einstellung der Hohenhorster. Briefe des Stadtteilbeirats und des Arbeitskreises Hohenhorst an die Fraktionen der Bürgerschaft und die betreffenden Hamburger Senatoren haben noch einmal deutlich gemacht, wie enttäuscht und verärgert man in Hohenhorst war. Im Juni entschied die Lenkungsgruppe für Konjunkturmittel endgültig über das Projekt ... und die Entscheidung fiel positiv aus: DAS COMMUNITY CENTER KONNTE DOCH GEBAUT WERDEN!

Die Fertigstellung war im November 2011 und das Haus erhielt den Namen „Haus am See“. Seitdem gibt es dort vielfältige Beratungs-, Bildungs- und Begegnungsangebote und auch das vorhandene Café bietet eine großartige Möglichkeit zur Kommunikation.

Fazit: Das Haus am See ist ein großer Gewinn für unser Quartier! ●



Das Haus im Rohbau, 2011 (Foto: Jörg Meyer) ▲



Hohenhorst feiert Richtfest, 2011 (Foto: BA Wandsbek) ▲



Das „Haus am See“ mit „Seeterrassen“ im neuen Park (Foto: Barbara Petersen) ▲

Die Lenzsiedlung

Die 1974 entstandene 7- bis 15-geschossige Hochhausiedlung im Stadtteil Lokstedt ist das am dichtesten bewohnte Quartier in Hamburg. Ursprünglich ausschließlich Sozialwohnungen, laufen die Bindungen demnächst aus.

Heute wohnen hier im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt besonders viele Familien, viele Kinder und Jugendliche, viele Menschen aus verschiedenen Kulturen, viele sozial Schwache.

Die Lenzsiedlung wird als klar abgegrenztes Wohngebiet wahrgenommen. Die Wohnzufriedenheit ist jedoch hoch. Pluspunkte sind die zentrale Lage, die U-Bahn-Station, die ausgebaute soziale Infrastruktur im Umfeld, der als Spielfläche und Park gestaltete große Innenraum und das Bürgerhaus. ●

Statistische Daten

Bevölkerung	2.972
Wohneinheiten	1.130
Bevölkerungsdichte	391/ha
Einpersonenhaushalte	38,3 %
Haushalte mit Kindern	31,7 %
Unter 18-Jährige	25,5 %
Migrationshintergrund	71,3 %
SGB II-Empfänger	29,7 %
Grundsicherung im Alter	34,2 %



Mitten in Eimsbüttel: die Lenzsiedlung ▲

Der Stadtteilbeirat

Er wurde im Jahr 2000 als Beteiligungsgremium ins Leben gerufen, als die Lenzsiedlung Fördergebiet der sozialen Stadtteilentwicklung war. Auch nach dem Ende der Förderphase 2012 gelang es, den Beirat kontinuierlich fortzuführen. Heute tagt er alle zwei Monate. Bald findet die 150. Sitzung statt.

Der Stadtteilbeirat setzt sich einerseits aus aktiven und interessierten Bewohnern zusammen, andererseits aus Vertretern von Einrichtungen und Organisationen, darunter die beiden Wohnungsunternehmen, Lenzsiedlung e. V., das Bezirksamt, Grün-Weiß Eimsbüttel, die Polizei, Parteien,

der Seniorenbeirat, Schulen, Kindertagesstätten, Beschäftigungsträger u. a. An den Sitzungen nehmen jeweils etwa 20 bis 25 Personen teil.

Im Stadtteilbeirat werden aktuelle Themen der Lenzsiedlung diskutiert, wird über neue Aktivitäten und Angebote berichtet, stellen lokale Akteure ihre Arbeit vor und fallen Entscheidungen über Anträge an den Verfügungsfonds, aus dem viele kleine Projekte für das Stadtleben unterstützt werden.

Als Interessensvertretung für die Belange der Lenzsiedlung, als Netzwerk für den Informationsaustausch und als Beteiligungsgremium für die Bewohner ist der Stadtteilbeirat auch in Zukunft eine unverzichtbare Institution. ●



Der Stadtteilbeirat tagt ▲

Das Bürgerhaus Lenzsiedlung

Ein besonderes Projekt war der Bau des Bürgerhauses, das zum Verein Lenzsiedlung e. V. gehört.

Bereits 1992 wurde ein erster Teil errichtet, allerdings geriet das Raumangebot schnell an seine Kapazitätsgrenze. Während der Zeit der Stadtteilentwicklung konnte mit Hilfe von Fördermitteln ein zweiter Bauabschnitt umgesetzt werden. In Beteiligungsworkshops mit Bewohner_innen wurden Ideen entworfen, die sich schließlich in und an dem fertigen Haus wiederfinden. Seit 2010 stehen den Bürgerinnen und Bürgern im Quartier rund 1.350 qm Fläche für diverse Aktivitäten zur Verfügung.

Im Bürgerhaus Lenzsiedlung sind heute der Kinderclub und das Jugendhaus Lenzsiedlung, das

offene Angebot LenzTreFF, ein Café mit Mittagstisch, der Seniorentreff Alt und Jung, der Sozialträger Das Rauhe Haus und der Verein Lenzsiedlung e.V. angesiedelt. Im Bürgerhaus finden jede Woche zahlreiche Kurse, Beratungsangebote und kulturelle Veranstaltungen statt. Räume können gemietet werden.

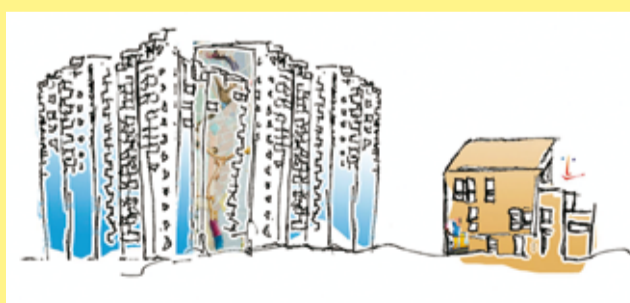
Die konzeptionelle Arbeit von Lenzsiedlung e.V. erfuhr durch die inhaltliche Einbindung in die Stadtteilentwicklung einen nachhaltig wirkenden qualitativen Sprung und führte zu einer stark partizipativen Ausgestaltung von Angeboten und Projekten. Folgerichtig übernahm der Verein mit Auslaufen des Fördergebiets ab 2013 auch Aufgaben der Ver-

stetigung: Mit Hilfe von finanziellen Beiträgen der Wohnungsunternehmen SAGA-GWG und Bringezu Immobilien sowie mit Unterstützung des Bezirksamts setzt er heute die Öffentlichkeitsarbeit, die Quartierszeitung Lenzlive, das Nachbarschaftsfest, die Organisation des Stadtteilbeirats und Projekte wie Deutschkurse und Jobberatung fort.

Durch den Bau des Bürgerhauses hat die Lenzsiedlung einen zentralen Ort und eine wichtige Anlaufstelle gewonnen. In doppeltem Sinne haben sich dadurch Räume für die Menschen im Quartier und den umliegenden Stadtteilen geöffnet. ●



Die Siedlung und ihre Menschen ▲



Lenzsiedlung und Bürgerhaus (Urheberin: Anne Eickenberg) ▲



Das Team von Lenzsiedlung e.V. ▲

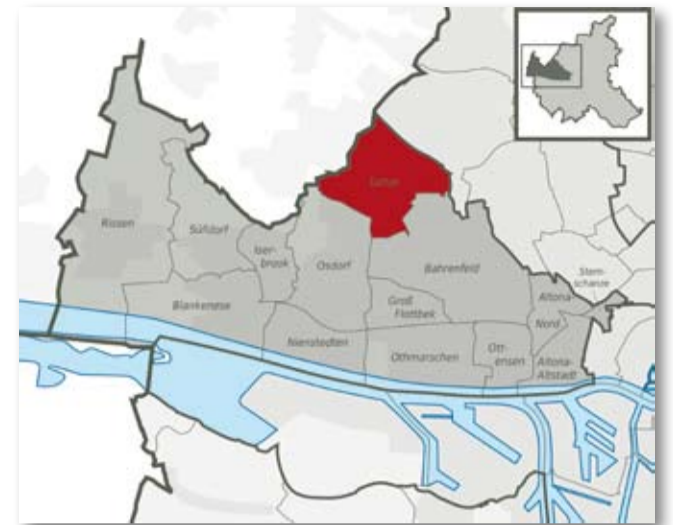
Lurup

Lurup ist ein grüner und gleichzeitig dicht bewohnter Stadtteil am westlichen Stadtrand von Hamburg. Zwischen Einfamilienhäusern liegen mehrere Großsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus. In den letzten Jahren sind im Luruper Zentrum hunderte neue Wohnungen gebaut worden.

Lurup hat zwei Zentren (Elbgau-Passagen und das Center am Eckhoffplatz). Seit 40 Jahren warten die Luruper/innen auf ihre S- oder U-Bahn. Viele Familien mit sehr geringem Einkommen schlagen sich mutig durchs Leben und engagierte Bürger/innen und Aktivist/innen streiten im Luruper Forum für bessere Lebensbedingungen und Beteiligung an der Entwicklung für ihr „gallisches Dorf“. ●

Statistische Daten Lurup

Bevölkerung:	35.070
Haushalte:	17.045
Einpersonenhaushalte:	7.453 = 47,3 %
Haushalte mit Kindern:	23 %
Migrationshintergrund:	43,1 %
Durchschnittseinkommen:	24.990 /Jahr
Wohnfläche je Einwohner:	34,2 m ²
Sozialwohnungen:	18,6 %
SchülerInnen in der Stadtteilschule:	59,5 %
SchülerInnen im Gymnasium	35,6 %



Lageplan Lurup ▲



Was wollen wir in unserer CommunitySchool machen? Beteiligung im Luruper Forum, Juni 2014 (Foto: Sabine Tengeler) ▲

Das Stadtteilhaus Lurup

Trotz aller Unterstützungsangebote und Proteste wurde im Februar 2005 die Luruper Bücherhalle und im Dezember 2005 das Haus der Jugend am Böverstand 38 geschlossen.

Daraufhin lud der Eigentümer des Hauses, BÖV 38 e. V., den ganzen Stadtteil ein, um gemeinsam ein Nutzungskonzept für das Haus im grünen Zentrum Lurups zu entwickeln. Auch die Luruper Schulen beteiligten sich daran. Nach und nach zogen eine selbst organisierte Bücherei, das Stadtteilbüro des Luruper Forums, die Stadtteilbühne, der Luruper Bürgerverein und das Lichtwark-Forum Lurup e. V. ein und gestalteten es gemeinsam mit BÖV 38 e. V. zum Luruper Stadtteilhaus.

Viele Jahre stritten die Luruper/innen für ihr Haus, bis alle Fraktionen der Bezirksversammlung am 23.9.2009 einstimmig beschlossen, das Haus zukünftig als Stadteilkulturzentrum zu fördern.

Im Stadtteilhaus Lurup sind alle willkommen. Es gibt Angebote für alle Altersgruppen, für Menschen jeder Herkunft mit und ohne Behinderung – von der Kita im Stadtteilhaus bis zum Spielenachmittag für Senior/innen des Luruper Bürgervereins, vom inklusiven Trommelkurs, vom Sprachcafé bis zur Theaterwerkstatt der Stadtteilbühne für Erwachsene.

Alle, die sich über die Entwicklung des Stadtteils informieren oder sich in und für Lurup engagieren möchten, finden hier Informationen und Unterstützung.

Auch wer Rat und Hilfe sucht, ist herzlich eingeladen. In der Schreibstube gibt es Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und Schreiben von Bewerbungen, der SoVD bietet Sozialberatung an. ●



Das Stadtteilhaus Lurup – ein Ort der Begegnung, Kultur und Selbstorganisation (Foto: Sabine Tengeler) ▲



Abschlussfest des Luruper Glücksprojekts: Der Bildungshauschor singt mit dem Luruper Bürgerverein, Februar 2016 (Foto: Dietrich Helling) ▲



Schach-Theater-Geschichten-Kulturtag im Stadtteilhaus mit dem SV Lurup und Kindern aus dem Bildungshaus Lurup (Foto: Klaus Kallabis) ▲

Das Luruper Forum

Am 27. Januar 1999 gründeten 37 Luruper/innen, Vertreter/innen von Initiativen, Vereinen, Einrichtungen, Politik und Verwaltung das Luruper Forum. Seitdem tagt das Forum zehnmal im Jahr reihum in Luruper Einrichtungen. Es ist ein Ort der gegenseitigen Information, Beratung, Verabredung, Meinungsbildung und Unterstützung. Themen sind vor allem: nachbarschaftliches Zusammenleben, Wohnen, Außen- und Grünanlagen, soziale Absicherung, Entwicklung der Luruper Einrichtungen und Institutionen, Entwicklung des Gewerbes und der Nahversorgung, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Stadteilkultur, Sicherheit und Verkehr. Das Plenum des Forums entscheidet über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds, beschließt über Stellungnahmen, Aktionen und die Einrichtung von Arbeitsgruppen. Mit abstimmen kann jeder, der zuvor zweimal an einer Sitzung des Forums teilgenommen hat.

Als 2006 das Quartiersmanagement in Lurup auslief, übernahm das Lichtwark-Forum Lurup e.V. die Trägerschaft für das Luruper Forum. 15-20 ehrenamtliche Geschäftsführer/innen organisieren seine Arbeit auf ihren monatlichen Sitzungen. Die Stadtteilzeitung „Lurup im Blick“ informiert über die Arbeit des Forums und lädt zu den Forumssitzungen ein.

Im und rund um das Luruper Forum sind Beziehungen gewachsen, die von Vertrauen und Wertschätzung geprägt sind und die die Energie für die wunderbare Zusammenarbeit geben. ●

Mümmelmannsberg – ein Stadtteil zwischen Großstadt und Natur

Eingeengt zwischen A 1, A 24, Bundesstraße B 5 und den vier riesigen Stromleitungen des europäischen Verbundnetzes. An der vierten Seite die Grenze zu Schleswig-Holstein. So sind fast alle Freizeit- und Natur-Erholungsräume nur durch Über- oder Unterquerung dieser Straßen zu erreichen.

Die knapp 20.000 Menschen in 7.500 Mietwohnungen mit dem geringsten Mietpreis Hamburgs haben eine gut gepflegte Schlafstadt mit fünf Supermärkten für den täglichen Gebrauch, müssen aber verzichten auf Kneipe, Restaurant, Kino, Theater und öffentliches WC am Ende der U 3 beim Umsteigen in fünf Buslinien. ●

Statistische Daten

(Quelle: Hamburger Stadtteil-Profile 2015)

Fläche in qkm	2,8
Bevölkerung	17.980
mit Migrationshintergrund	59,9 %
unter 18-Jährige	
mit Migrationshintergrund	75,7 %
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	48 %
steuerpflichtiges Einkommen	19.526 €
Leistungsempfänger/innen	
in Prozent der Bevölkerung	26,4 %
unter 15-Jährige in Mindestsicherung	49,5 %
Sozialwohnungen	4.931



Sanierungskonzept Mümmelmannsberg (2007) ▲

24



Sanierungsbeirat auf Dachterrasse, 2007 ▲

Wichtige Anliegen & Projekte

Nachdem private Eigentümer immer mehr Bänke und Aufenthaltsmöglichkeiten für überflüssig erachteten, wurden durch uns im öffentlichen Raum **Sitzgelegenheiten für Alle** kreiert.

Nach dem U-Bahn-Bau haben wir für eine echte Gehwegbeleuchtung gekämpft. Um die 31 Tragmasten der Straßenbeleuchtung schufen wir 31 Halbkreise mit Holzsitzbänken. Den Halbkreis ließen wir pflastern, damit der Boden auch für Rolli-Fahrer und Rollator-Nutzer befahrbar wurde. Einige Sitzbänke haben die Kunstfrauen vom Frauenmalerinnen-Verein „WIR“ in Betonausfertigung mit Kleinkunstmosaiken belegt. So entstand außerhalb der Innenstadt eine Straße mit breiten, beleuchteten Bürgersteigen zum Ausspannen und Flanieren.

Seit 20 Jahren ist das ehemalige Kaufhaus ein Spekulationsobjekt. Immer wieder laufen die Bürger Sturm gegen den Leerstand wegen Spekulation. In Mümmelmannsberg gibt es keinen neutralen Versammlungsraum, nur die evangelische Kirchengemeinde oder eine Schule. Die Kirchengemeinde erwartet Geld für die Nutzung (Ersatz, Reinigung, Instandhaltung), die Schule schließt um halb zehn, weil um zehn die Alarmanlage angeht, außerdem sind die Hausmeister zu bezahlen. Seit Jahren werden Unterschriften für einen **Versammlungsraum** gesammelt und abgeliefert. Vergebens! Die Verwaltung verschanzt sich hinter der Fehlinvestition der 5 Millionen Umbaukosten für den Kulturpalast im Zentrum Billstedts. Fahrgeld und Raumnutzungsgebühren sind harte Türschließer für Bewohner/innen in Mümmelmannsberg.

Als eine Fliese vor der Tür der **öffentlichen Toilette** das Öffnen verhinderte, sollte dieser Defekt repariert werden. Stattdessen wurde die gesamte Toilette geschlossen und nach 15 Monaten durch die Verwaltung im Bezirk Hamburg-Mitte als nicht reparierbar deklariert und schließlich zum Abriss bestimmt. Wir kämpfen für eine Versetzung bzw. einen Neubau direkt an der U-Bahn-Endhaltestelle der U 2 und dem Übergang zu inzwischen fünf Buslinien. ●



Sitzgelegenheiten (Foto: Wolfdietrich Thürnagel) ▲



Einst ein Kaufhaus (Foto: Wolfdietrich Thürnagel) ▲



Einst eine öffentliche Toilette (Foto: Wolfdietrich Thürnagel) ▲

Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg

Der Sanierungsbeirat in Mümmelmannsberg hat seit 1998 insgesamt 145 Mal in unterschiedlichen Räumlichkeiten und mit unterschiedlichen Akteuren getagt und dabei in unendlich vielen Arbeitskreisen und Ausschüssen die Verbesserungen im Stadtteil zum Thema gehabt. Er hat 35 Mitstreiter/innen aus Politik, Gewerbe, Pädagogik, Kunst, Sport, Verwaltung und nicht gebundenen Bewohner/innen. Aufgrund der fast zwanzigjährigen Arbeitszeit ist der Sanierungsbeirat ein Stadtteilparlament geworden.

ABER: Es gibt keine öffentlichen Einladungen, keine veröffentlichten Protokolle und keinen behördlichen Hinweis auf die Arbeit des Beirats.

Die Geschäftsführung des Sanierungsbeirats in Mümmelmannsberg liegt bei der Verwaltung/ Stadtentwicklung Bezirk Hamburg-Mitte. ●



Münzviertel

Diente das Münzviertel seit Jahrzehnten als Hinterhof für all die sozialen Zentraleinrichtungen, die man an anderen Orten der Stadt nicht haben möchte, wie „hoffnungsorte hamburg“ für obdachlose Menschen, „Drob Inn“ für drogenabhängige Menschen, „alsterdorf assistenz ost“ für Menschen mit Assistenzbedarf und seit 2011 das jährliche Winternotprogramm, so rücken jetzt die ehemaligen Brachflächen rund um das Viertel in den renditesüchtigen Fokus des Immobilienmarktes.

Fast im Stundentakt werden hier Hotels und Studentenwohnheime grobklotzig hinein in das Münzviertel gepresst. Es herrscht Goldgräberstimmung bei den Süchtigen. ●

Statistische Daten Münzviertel

(2015):

Bevölkerung:	1.511
0 bis 17 Jahre:	121
18 bis 64 Jahre:	1.329
65 Jahre u. ä.:	61
Ausländer:	528
Sozialwohnungen:	128
„Herz As“ Postadressen Obdachlose:	1.369
Winternotprogramm 2015/16 Schlafplätze:	450
„Drob Inn“ Tagesgäste (2013):	300
PKW:	188



Lageplan des Münzviertels ▲



Schulgelände Schultzweg / Norderstraße, September 2015 ■

Der Quartiersbeirat

Seit 14 Jahren bewegen wir uns unter dem Leitmotto „Kunst und Soziales“ im Viertel. Es ist unser Einspruch gegen eine von „oben nach unten“ diktierte Stadtteilentwicklung. 2008 erkämpften wir die Aufnahme des Viertels als „Fördergebiet Münzviertel“ in das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).

Ende 2014 endete das Fördergebiet mit der 42. Quartiersbeiratssitzung. Seitdem folgten zehn weitere Sitzungen.

Schlüsselprojekt des Fördergebiets ist das „Werkhaus Münzviertel“ im ehemaligen Schulgebäude Rosenallee 11. Es ist ein freiwilliges Angebot für obdachlose Jungerwachsene, die von anderen Beratungs-, Arbeits- oder Bildungsangeboten nicht erreicht werden. Hier erhalten sie Zeit und Unterstützung, ihre eigenen Lebensperspektiven neu zu erarbeiten.

Die Finanzierung des Werkhauses ist bis August 2016 gesichert. Über die Weiterfinanzierung wird zurzeit intensiv gerungen. ●
www.werkhaus-muenzviertel.de



Werkhaus: Bettenbau für Flüchtlinge, Dezember 2015 ▲

Kein Frühling in Hamburg*

Partizipative Bürgerbeteiligung: Voll daneben!

2011 erarbeiteten wir über Monate im Vertrauen auf die Leitziele des RISE-Programms „Transparenz, Partizipation und kollektiver Entscheidungsfindung“ gemeinsam mit der Hafencity Universität im Rahmen des studentischen Wettbewerbs „Testprägung“ unsere quartiersbezogenen Eckdaten für die Bebauung des ehemaligen Schulgeländes Schultzweg 9:

Baugemeinschaften in Genossenschaftsform, sozialer Mietwohnungsbau mit variablen Wohnungsgrößen: für Familien, für Wohngemeinschaften, für generationsübergreifendes Wohnen und für unsere Nachbarn mit Migrationshintergrund. Und mittendrin Wohnungen für Asylbewerbende, betreutes Wohnen für jugendliche Obdachlose, Atelierräume, FoodCoop, Kita. ... Alles dicht beieinander: ein zukünftiges Münzviertel voller Empathie und Solidarität mit den anderen!

Doch im Zentrum dieses Miteinanders steht weiterhin unser Widerstand gegen den Verkauf dieses städtischen Grundstücks an Privatinvestoren. Denn mit einem solchen Verkauf in unmittelbarer Nachbarschaft zum sozialen Brennpunkt Hauptbahnhof verzichtet die Stadt zukünftig auf ihre städtebauliche wie soziale Gestaltungsmacht. Unter den Ereignissen der aktuellen Flüchtlingsbewegungen im vergangenen Herbst und Winter eine überaus weitsichtige Forderung und deshalb fordern wir, wie von uns seit 2008 in den politischen Raum gestellt, den Verkauf des Schulgeländes in Erbpacht an gemeinnützige Baugenossenschaften bzw. öffentlich geförderte Wohnungsbaugesellschaften.

Stattdessen 2013 hinter unserem Rücken „Basta“-Politik: Profitorientiert, architektonische Monotonie gleich Wohnen für Studierende, für Auszubildende, Servicewohnen für Senioren und 1 ½-Zimmerwohnungen für Alleinerziehende mit 1 Kind. Im Monatsrhythmus ziehen Menschen ein und aus. Was auf der Strecke bleibt ist ein nachhaltiges, heterogenes Gemeinwesen: Kein Frühling in Hamburg* – Wir bleiben ungezogen. ●

Stadtteilinitiative Münzviertel 23.5.16

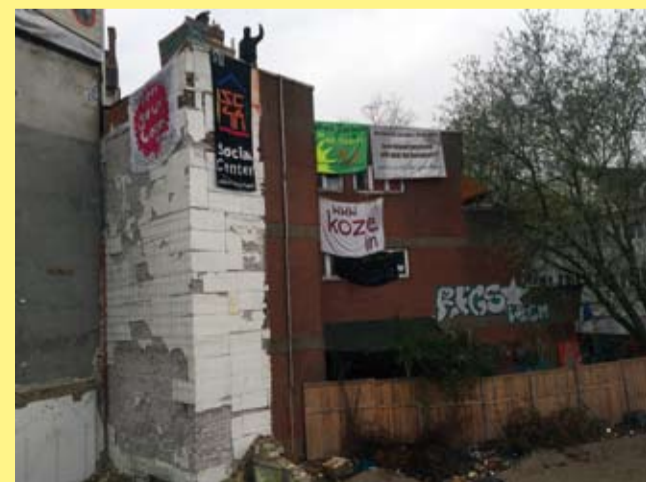
* Deutschland. Ein Wintermärchen, Heinrich Heine 1844
www.muenzviertel.de/blog/



Münzstraße, Januar 2016 ▲



Quartiersbeirat Arbeitsgruppe: „Sozio-Kulturelles Zentrum, Altes Schulgebäude Schultzweg 9“, März 2015 ▲



Münzstraße, April 2016 ▲

Neuwiedenthal

Neuwiedenthal ist eine Großwohnsiedlung aus den 60er und 70er Jahren am süd-westlichen Rand Hamburgs in unmittelbarer Nähe zu Ausflugsgebieten wie der Fischbeker Heide und dem Alten Land. Im Stadtbild des Wohngebietes wechseln sich Mehrfamilienhäuser mit einigen Hochhäusern, aber auch großzügigen Grünflächen ab. Das Besondere an Neuwiedenthal ist das weit verzweigte Fußwegenetz, mit dem man jeden Siedlungsteil durch Grünbereiche gehend erreichen kann.

Neuwiedenthal leidet unter einem hamburgweit negativen Image. Doch: Neuwiedenthal ist kein „Getto“. Es ist ein Quartier mit durchaus grossen sozialen Herausforderungen. Hier wohnen viele Menschen, die es nicht immer leicht im Leben haben, aber genauso viele Bürger/innen leben hier sehr gern und schätzen den dörflichen Charakter Neuwiedenthals, wo jeder jeden kennt. ●

Statistische Daten

(Stand 31.12.2014)

Bevölkerung:	13.619
bis 18-Jährige:	2.787 (= 20,5 %)
ab 65-Jährige:	2.701 (= 19,8 %)
mit ausländischem Pass:	2.253 (= 16,5 %)
mit Migrationshintergrund:	8.586 (= 63,1 %)
Haushalte:	6.060
Ein-Personen-Haushalte:	2.260 (= 16,6 %)
Haushalte mit Kindern:	1.625 (= 11,9 %)
Alleinerziehende:	481 (= 3,5 %)
Sozialwohnungen:	1.302 (= 28,3 %)
Bindungsauslauf bis 2020:	360 (= 27,6 %)



Gebietsgrenzen Fördergebiet Neuwiedenthal-Rehrstieg ▲

Der Stadtteilbeirat

Im Februar 2014 wurde der Stadtteilbeirat Neuwiedenthal gegründet und tagt seitdem monatlich. Regelmäßig nehmen mindestens 30 Personen an den Sitzungen teil, um über Stadtteilthemen zu diskutieren und konkrete Projekte mit zu planen und auch umzusetzen. Der Beirat wird in alle Planungen und Projekte der Stadtteilentwicklung einbezogen; er setzt selber Impulse für Projekte und kann außerdem Empfehlungen an die Bezirksversammlung zum weiteren Vorgehen aussprechen.

Der Stadtteilbeirat setzt sich größtenteils aus Bewohner/innen zusammen, von 12 Jahren bis weit über 90 sind alle Altersklassen vertreten. Sie begleiten gemeinsam mit Vertreter/innen aus Stadtteilinstitutionen, Wohnungsunternehmen, Gewerbetrei-

benden, Vereinen, Verwaltung und Politik intensiv den Prozess der Integrierten Stadtteilentwicklung Neuwiedenthals, der seit 2013 läuft. Im Stadtteilbeirat können Probleme, Ideen und Vorschläge, die die Siedlung betreffen, vorgebracht werden. Lösungen und Umsetzungsmöglichkeiten werden gemeinsam erörtert. Der Stadtteilbeirat ist ein offenes Forum. Bewohnerinnen und Bewohner des RISE-Fördergebiets Neuwiedenthal-Rehrstieg oder in unmittelbarer Umgebung Wohnende sind Mitglieder und somit stimmberechtigt, wenn sie zuvor an zwei Sitzungen des Beirates teilgenommen haben.

Eine wichtige Aufgabe des Beirates ist es, über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds zu entscheiden. Dabei stehen Neuwiedenthal 20.000 € für kleinere Stadtteilprojekte zur Verfügung. ●



Stadtteilbeirat NWT am Modell (Foto: Lawaetz-Stiftung) ▲

Der Stadtteilbeirat fördert Aktivität

„Raus aus dem Haus“ – Bewegung im Freien

Im Februar 2015 setzte sich der Beirat für das Bewegungsprojekt „Raus aus dem Haus“ ein. Im Fokus dieses Projektes steht die Förderung von Bewegung und Mobilität im Quartier generationenübergreifend für alle

Altersgruppen. Dabei wird sich nicht in einer Sporthalle oder in einem Fitnessclub oder auf einem Trimm-Dich-Pfad bewegt, sondern das ganze Quartier mit all seinen Aktionsmöglichkeiten wird zur Bewegungslandschaft. Beetumrandungen laden zum Balancieren ein, Parkbänke helfen beim Stretching und Kinderspielgeräte sind auch wunderbar für Erwachsene geeignet.

Unter professioneller Anleitung trifft sich seitdem eine Gruppe jeweils dienstags um 10 Uhr vor dem

Stadtteilbüro Neuwiedenthal, um die Frei-, Spiel- und Grünflächen des Quartiers zu erobern. Bei Wind und Wetter nutzen sie diese für Fitness, Mobilitätstraining, Geschicklichkeitsübungen, Gleichgewichts- und Trittsicherheitstraining sowie Bewegungsspiele. Es entstehen vielfältige soziale Kontakte. Ganz nebenbei wird die Kommunikation miteinander und aller Nutzergruppen im öffentlichen Raum gefördert. Und Spaß bringt es auch noch. ●

Alle raus aus dem Haus (Fotos: Martin Legge) ▼



Osdorfer Born

Die Wohnsiedlung „Osdorfer Born“ wurde von 1967 bis 1972 am westlichen Stadtrand auf ehemaligen Landwirtschaftsflächen errichtet. Die meisten Wohnungen befinden sich in drei- bis viergeschossigen Mehrfamilienhäusern. Die zentrale Erschließungsstraße Bornheide wird durch markante Hochhausketten mit bis zu 21 Stockwerken geprägt. Ein hoher Anteil von Grün- und Aufenthaltsflächen, insbesondere das unmittelbar angrenzende Landschaftsschutzgebiet Osdorfer Feldmark mit dem Bornpark, dem Freibad und dem idyllischen Helmuth-Schack-See, wird von den Bewohner/innen sehr geschätzt. Das gilt auch für die Einkaufsmöglichkeiten. Stadtweite Bedeutung hat das Kindermuseum.

Die fehlende Verkehrsanbindung behindert die Teilnahme an Bildung, Kultur, Arbeit und Integration. Eine 1974 zugesagte U-Bahn wurde nie gebaut. ●

Statistische Daten

(aus: Stadtteilprofilen 2015)

Bevölkerung:	10.401
Davon unter 18 Jahre:	23,6 %
Haushalte:	4.771
Ein-Personen-Haushalte:	41,5 %
Haushalte mit Kindern:	26,6 %
Migrationshintergrund:	61,6 %
Davon unter 18 Jahre in v. H.	
aller unter 18 J.:	78,7 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:	46,9 %
Arbeitslose:	12,5 %
Leistungsempfänger nach SGB II:	28,9 %
Sozialwohnungen:	1.358

(davon 95 % Bindungsablauf bis 2020)



Lageplan Osdorfer Born ▲

Die Borner Runde

Die Borner Runde wurde im Jahre 2000 als Bürgerbeteiligungsgremium für das Programm „Aktive Stadtteilentwicklung“ gebildet. In der anschließenden Nachsorgephase ab 2008 zeigte sich, dass dringlicher weiterer Entwicklungsbedarf besteht. Das Quartier wurde deshalb 2015 neu in das Programm RISE aufgenommen; im Mai 2016 stellten sich zwei Mitarbeiterinnen der Lawaetz-Stiftung als neue Gebietsentwicklerinnen vor.

Die Borner Runde blieb über die gesamte Nachsorgephase hinweg auf eigene Initiative als Bürgerforum bestehen. An den monatlichen Treffen kön-

nen sich alle Bewohner/innen beteiligen. Jährlich wird ein Sprecher/innen-Team aus bis zu fünf Personen gewählt. Durch das ehrenamtliche Engagement konnten viele örtliche Verbesserungen erreicht werden, etwa für den Verkehr, für die Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Wohnungswirtschaft, für die Freizeit- und Erholungsflächen, für das Zusammenleben in der Siedlung. Der größte Erfolg ist, dass nach zehnjährigen Bemühungen endlich ein Bürgerhaus als Versammlungsort und Kulturzentrum geschaffen werden konnte. Auf rein ehrenamtliche Initiative hin ist vor fünf Jahren auch das Projekt „WESTWIND – Stadtteilmagazin für Osdorf und Umgebung“ entstanden. Die Stadtteilzeitschrift berichtet in jähr-



Die Borner Runde in Aktion ▲

lich zehn Ausgaben über Aktuelles aus dem Quartier und dem Umfeld. ●

Das Bürgerhaus Bornheide

... war das wichtigste Projekt in der Aktiven Stadtteilentwicklung. Das Bürgerhaus sollte nach den Vorstellungen der Borner Runde ein zentraler Treffpunkt mit Veranstaltungs- und Begegnungsräumen werden. Nach vielen verworfenen Planungen ergab es sich, dass hierfür die Pavillons einer Grundschule nach deren Umzug in einen Neubau genutzt werden konnten. Viele Institutionen und vor allem die Politik auf Bezirksebene unterstützten das Projekt nach Kräften. Im September 2013 konnte das Bürgerhaus eingeweiht werden. In den sechs Gebäuden stellen 18 Einrichtungen eng vernetzt umfängliche soziale und kulturelle Angebote

bereit, darunter auch der Sportverein Osdorfer Born. Die frühere Schulaula hat sich zu einem beliebten Ort für Gruppen, Vorträge und kulturelle Veranstaltungen wie Theater, Lesungen oder Konzerte entwickelt. Integriert sind ein kleines Stadtteilbüro und ein Bürger-Café mit einem täglichen Mittagstisch. Diese Möglichkeiten werden aktuell auch von Flüchtlingen aus den benachbarten Wohnunterkünften genutzt.

Das große Außengelände mit Liege- und Spielwiesen, einem Kletterturm, einem großen freien Platz und einem gemeinschaftlich gepflegten Bürgergarten wurde attraktiv gestaltet. Benachbart hat der Mitmach-Zirkus *Abrax Kadabrax* sein festes Quartier. Direkt dahinter fällt der Blick auf das „höchste Graffito der Welt“, das 2002 im Auftrag der SAGA GWG an einer Hochhauswand entstand; an den Bildentwürfen waren Jugendliche der Siedlung in zahlreichen Workshops beteiligt.

Träger des Bürgerhauses ist die Diakonie Hamburg-West/ Südholstein. Das Bürgerhaus gilt inzwischen als Musterbeispiel für die Zusammenarbeit zwischen Stadtteilgruppen, Bezirksamt, Einrichtungen und Wohnungswirtschaft. Noch bestehende Wünsche hinsichtlich kleinerer baulicher Verbesserungen werden sich nach und nach auch noch realisieren lassen. Das Bürgerhaus soll über ein „Bildungsband“ eng mit Schulen, Kindermuseum, Kitas, Kirchen und anderen Einrichtungen optisch verbunden werden. ●



Circus Abrax Kadabrax ▲



Das Bürgerhaus Bornheide ▲



Das „höchste Graffito der Welt“ ▲

Osterbrook

Das Osterbrookviertel liegt am nördlichen Ufer der Bille. Hier sind viele Nachbarschaften in der Zeit des gemeinschaftlichen Aufbaus Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre gewachsen.

Knapp die Hälfte der etwa 2.100 Wohnungen sind im Eigentum von Baugenossenschaften, darunter die Neubauten der Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG (BGFG) aus den 90er Jahren direkt am Wasser.

Das Osterbrookviertel ist grün, ruhig und liegt wassernah in Nachbarschaft ausgedehnter Gewerbegebiete und Kleingärten.

Wegen seiner räumlich isolierten Lage und des bestehenden sozialen Unterstützungsbedarfs sind eine verlässliche soziale Infrastruktur und verbesserte Nahversorgung wichtig. ●

Statistische Daten

(Statistikamt Nord/Statistisches Gebiet 10002)

Bevölkerung am 31.12.2015:	3.876
davon unter 18 Jahre:	17 %
davon 65 Jahr und älter:	13 %
Haushalte 31.12.2014 am:	2.303
davon Ein-Personen-Haushalte:	58,7 %
Migrationshintergrund:	40,8 %
Wohnfläche je Einwohner/in (bzgl. auf Hamm):	35,8 qm
Anzahl Sozialwohnungen 2016:	258
Anteil der SchulabgängerInnen mit Fach-/Hochschulreife 2011/2012:	43 %

Hamburger Sozialmonitor Bezug: Herbststatistik 2012, Schuljahr 2012/2013



Lageplan Osterbrookviertel ▲

Der Quartiersbeirat Osterbrook

Im Quartiersbeirat Osterbrookviertel kommen Vertreterinnen und Vertreter der Anwohnerschaft, des örtlichen Gewerbes und Grundeigentums, von Institutionen im Quartier sowie der in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien (derzeit 15 Mitglieder plus Stellvertreter) zusammen.

Die Sitzungen sind öffentlich. Seit Auslaufen der Landesförderung Ende 2014 tagt der Quartiersbeirat viermal pro Jahr, mit Gelegenheit für alle Anwesenden, in der aktuellen halben Stunde eigene Anregungen und Vorschläge einzubringen.

Der Quartiersbeirat entscheidet über die Vergabe der Mittel aus dem Verfügungsfonds, seit 2015 aus dem Quartiersfonds der Bezirksversammlung in Höhe von 4000 Euro/Jahr.

Der Quartiersbeirat wurde im Jahr 2008 eingesetzt. Er wird seither betreut von einer Gebietskoordinatorin des Fachamts Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirks Hamburg-Mitte sowie von TOLLERORT entwickeln & beteiligen (Vorbereitung, Einladung, Protokoll und Verwaltung des Verfügungsfonds).

Der Quartiersbeirat gibt Empfehlungen an den Ausschuss „Wohnen und Stadtteilentwicklung“. In Arbeitsgruppen werden wichtige Themen vertieft und vorangebracht, so z. B. die Verbesserung der Busanbindung des Quartiers.

Homepage des Quartiersbeirats:
www.osterbrookviertel.de ●



Sitzung des Quartiersbeirats (Foto: TOLLERORT) ▲

28

Eine neue Mitte für das Quartier

Das Nachbarschaftszentrum „Elbschloss an der Bille“ der Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG (BGFG) wirkt im Jahr 2006 als Initialzündung für die Quartiersentwicklung. Aus dem ehemaligen Bürogebäude wird ein Ort der Begegnung für Initiativen aus der Nachbarschaft, der auch eine Krippengruppe der Kita Osterbrook, ein Eltern-Kind-Zentrum und eine Wohngruppe der Alida Schmidt-Stiftung beherbergt. Das Nachbarschaftszentrum ist ein Kooperationsprojekt, an dem soziale Träger aus dem Stadtteil mitwirken. Es ist Schlüsselprojekt der Gebietsentwicklung, die im Jahr 2008 vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirks Hamburg-Mitte auf den Weg gebracht wird.

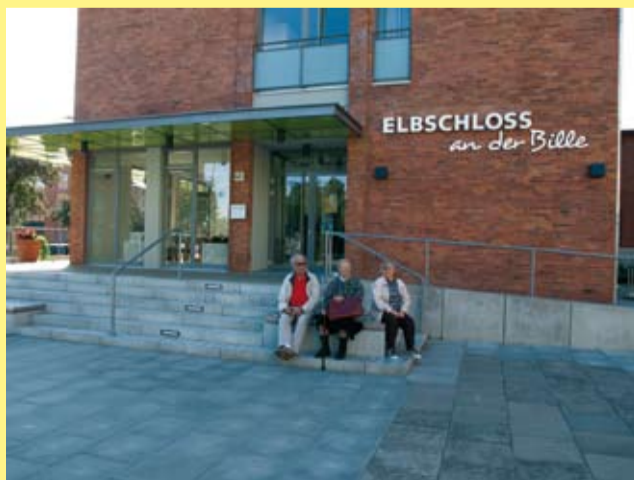
Als weiterer Baustein der neuen Mitte wird im Jahr 2012 direkt vor dem „Elbschloss an der Bille“ der neue Osterbrookplatz vom Bezirk Hamburg-Mitte realisiert. Ein Planungsworkshop mit interessierten Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers bildet den Auftakt. Der Quartiersbeirat begleitet die Planung und Umsetzung. Die besondere Gestaltung mit blauem Pflaster und maritimen Festmachern nimmt Bezug auf die Lage am Wasser. Zusammen bieten Nachbarschaftszentrum und Osterbrookplatz Raum für Begegnungen, Veranstaltungen und Feste sowie für ehrenamtliches Engagement.

Die Entwicklungen werden von Projekten mit Kindern und Jugendlichen begleitet. Schülerinnen und Schüler der Ganztagschule Osterbrook gestalten eine bunte Sitzschlange für den Spielplatz am Billeufer. Im Jahr 2015 wird auch der Schulhof der Schule mit öffentlichen Fördermitteln neugestaltet.

Die neue Mitte des Quartiers soll durch einen öffentlich nutzbaren Bootsanleger am Billeufer weiter belebt werden. Der Quartiersbeirat des Osterbrookviertels setzt sich dafür ein, dass auf Grundlage des Pilotprojekts „Südliches Hamm“ des Bündnisses für die Quartiere im Zuge neuer Wohnungsbauvorhaben auch Qualitäten im Wohnumfeld weiterentwickelt werden. ●



Blick auf Löschplatz und Neubau (Foto: TOLLERORT) ▲



Senioren vor dem „Elbschloss“ (Foto: TOLLERORT) ▲



Flohmarkt auf dem Osterbrookplatz (Foto: TOLLERORT) ▲

Schnelsen-Süd

Das heute als Schnelsen-Süd bezeichnete 17 ha große Quartier liegt im Nordwesten Hamburgs, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Stadtteil Eidelstedt, unweit des Autobahnkreuzes Nordwest und des Niendorfer Geheges. Begrenzt wird das Wohngebiet durch Einzelhäuser sowie durch die Straßen Siekreystraße im Norden, Graf-Johann-Weg im Osten, Spanische Furt im Süden und Graf-Ernst-Weg im Westen.

Charakteristisch für die 70er-Jahre SAGA-Siedlung ist die hohe Dichte an sozialen Einrichtungen (z. B. das Kinder- und Familienzentrum, der Jugendclub, das Projekt 38 mit zahlreichen sozialen Angeboten) sowie die kulturelle Vielfalt. Hier leben Menschen aus über 30 unterschiedlichen Nationalitäten. ●

Statistische Daten

(laut Gebietssteckbrief)

Einwohner:	2.700
- davon unter 18 Jahre:	698 (25,9 %)
- davon über 65 Jahre:	326 (12,1 %)
Einwohner ohne deutschen Pass:	709 (26,3 %)
Arbeitslose:	259 (14,4 %)
Sozialwohnungen:	550
Eigentumsstruktur:	SAGA + Privat
häufigste Nationalitäten:	Afghanisch, Deutsch, Iranisch, Türkisch



Der Stadtteilbeirat mit Stadteilkaffee

Was den Stadtteilbeirat in Schnelsen-Süd so besonders macht ist seine niedrigschwellige und konstruktive Atmosphäre. Wie das möglich ist? Bevor der Stadtteilbeirat tagt, findet zunächst das Stadteilkaffee statt. Hier kommen Bewohner, Mitarbeiter der ortsansässigen Institutionen, Politik, Verwaltung und weitere Akteure auf informellem Weg bei Kaffee und Kuchen zusammen und sprechen über Themen, die sie bewegen. Diese können anschließend im Stadtteil-Beirat aufgegriffen und vertieft werden. Durch dieses Angebot wird Interesse an den Stadtteil-Beiratssitzungen geweckt.

Beim Stadtteilbeirat werden die Themen konkretisiert, es werden Probleme im Stadtteil besprochen, Ideen eingebracht und langfristige Vorhaben auf den Weg gebracht. Je nach dem welche Interessen und Bedarfe im Quartier vorliegen, werden Gastreferenten eingeladen, die einen Input zur entsprechenden Thematik geben und ein offenes Ohr für Fragen haben. Der Stadtteilbeirat mit Stadteilkaffee tagt alle zwei Monate im Projekt 38, Graf-Johann Weg 38.

Das Stadteilkaffee Schnelsen-Süd der Lawaetz-Stiftung ist mit der Organisation und Moderation des Gremiums beauftragt. ●

Interkulturelle Seniorenarbeit

Schnelsen-Süd ist ein junges und buntes Quartier mit zahlreichen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Doch was ist mit den älter werdenden Nachbarn im Quartier? Welche Angebote hält das Quartier für sie bereit? Mit diesen und weiteren Fragen hat sich der Stadtteilbeirat Schnelsen-Süd letztes Jahr befasst und sich fachliche Unterstützung vom Seniorenbüro Hamburg geholt. Auf Grundlage des Diskurses wurden dieses Jahr in Kooperation mit dem Seniorenbüro zwei Angebote initiiert, die vom Bezirksamt Eimsbüttel finanziert werden.

Kultursensible Frauengruppe

Seit Jahren treffen sich Frauen aus verschiedenen kulturellen Kreisen zum gemeinsamen Frühstück im KiFaZ. Die meisten von ihnen sind vor ca. 30 Jahren nach Deutschland gekommen und sprechen ausreichendes Deutsch. Sie leben mit ihrem Lebenspartner zusammen oder sind alleinstehend. Die Kinder sind erwachsen und überall auf der Welt zu Hause. Der soziale Kontakt zu Gleichgesinnten und die Möglichkeit, sich in der Muttersprache auszudrücken, ist wohltuend für die Frauen. Um sie in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen, gewährt ihnen das KiFaZ die Nutzung der Räumlichkeiten. Seit April 2016 treffen sie sich jeden Mittwoch von 13 bis 16 Uhr zum gemeinsamen Kochen und Essen. Außerdem wird gesungen und getanzt und es werden Ausflüge organisiert. Die kultursensible Frauengruppe wird vom Seniorenbüro begleitet. Weitere Frauen sind willkommen!

Interkulturelle Bewegungsgruppe

Wer bewegungsfreudig ist und eine aktive Freizeitgestaltung unter Gleichgesinnten sucht, der ist beim Sport richtig. Jeden Dienstagvormittag von 10.30 – 11.30 Uhr treffen sich sowohl Frauen als auch Männer zum Auspowern im GYM des Sportvereins Eidelstedt am Graf-Johann-Weg 40.

Die Angebote sind ein Kooperationsprojekt des Stadteilkaffees der Lawaetz-Stiftung, des KiFaZ und des Seniorenbüros Hamburg sowie engagierter Nachbarn aus dem Quartier. Finanzierung: Bezirksamt Eimsbüttel. ●



Lebensfroh altern im Quartier ▲



Internationale Speisen genießen ▲



Gemeinsam in Bewegung ▲

St. Georg

Der Stadtteil ist mit 1,8 qkm einer der kleinsten Hamburgs, aber der drittälteste (1194) und neben St. Pauli und der Schanze pulsierendes Herz der City. Die Lage am Hauptbahnhof mit seinen täglich 500.000 NutzerInnen bestimmt das Bild. 45.000 Arbeitsplätze, 1/3 aller Hotelbetten, 500 nichtkommerzielle Einrichtungen, SexarbeiterInnen, DrogenkonsumentInnen und Obdachlose, aber auch KünstlerInnen, KunsthandwerkerInnen, die Gay Community – ein immer noch vorhandener bunter Bevölkerungsmix und ein entwickeltes interkulturelles Zusammenleben prägen St. Georg als eines der dynamischsten Viertel der Stadt. Alteingesessene BewohnerInnen stöhnen ob der Mietenexplosion und der Umwandlung von hunderten Miet- in teure Eigentumswohnungen vor allem in den 2000er Jahren. Aber auch Belästigungen um den Hansaplatz sorgen für Konfliktstoff; viele Maßnahmen wurden auf bezirklichen Foren diskutiert, harren aber noch der Umsetzung. ●

Statistische Daten (Stand 2015):

Bevölkerung:	10.682
Bis 18jährige:	1.085 (= 10,2 %)
Ab 65jährige:	1.350 (= 12,6 %)
Mit ausländischem Pass:	2.467 (= 23,1 %)
Mit Migrationshintergrund:	3.962 (= 37,1 %)
Ein-Personen-Haushalte:	4.765 (= 68,4 %)
Jahreseinkommen (2010):	39.261 Euro
Sozialwohnungen:	807 (= 13,8 %)
Bindungsauslauf bis 2020:	156 (= 19,3 %)
SchülerInnen der Sek. I am Wohnort:	279
Davon in Stadtteilschulen:	46,6 %
Davon in Gymnasien:	51,3 %
Private PKW (je 1.000 BewohnerInnen):	217



Stadtteil St. Georg (© Google Maps) ▲

Der Stadtteilbeirat

Seit 1979 gibt es in St. Georg geförderte Verfahren der Stadtteilentwicklung, zunächst begleitet vom Sanierungsbeirat Lange Reihe S1. Ein Beirat existiert damit seit 37 Jahren, er ist das älteste Beteiligungsgremium eines Stadtteils in Hamburg. Den Beirat besuchten regelmäßig 70, z. T. über 100 Personen, von Arbeitsgruppen abgesehen. Die professionelle Begleitung sorgte für eine qualifizierte Beteiligungskultur, gute Vorbereitung der Monattreffen und zeitnahe Umsetzung der Beschlüsse. Ausführliche Protokolle veranschaulichen die gelebte Stadtteildemokratie, die sich in den letzten Jahren u. a. im Erhalt der Buchhandlung Wohlers, der Verhinderung der ALLIANZ-Eigentumswohnun-



Auf einer „typischen“ Sitzung des Stadtteilbeirats 2012 ▲

gen an der Koppel und der Umarbeitung der Pläne für das Busbeschleunigungsprogramm niederschlug.

Als vor drei Jahren das Fördergebiet St. Georg-Mitte auslief und das Ende des Beirats in der jahrzehntelang erprobten Dimension drohte, wollte es die Bezirksversammlungs-Mehrheit bei einer „Selbstorganisation“ belassen. So lag es nahe, dass sich St. Georg seither für eine auskömmliche finanzielle und institutionelle Absicherung aller Beiräte in Hamburg engagiert. Eine Grundausstattung konnte hier durch den Bezirk immerhin bereitgestellt werden. Der Beirat trifft sich wegen der Einschnitte nur noch zweimonatlich, die Betreuung ist nicht mehr vor Ort präsent, der Verfügungsfonds von 20.000 auf 4.000 Euro geschrumpft. ●



Protest im Bezirksamt HH-Mitte (Klosterwall), November 2014 ▲

Turnhalle für den Schul-, Vereins- und Stadtteilsportbetrieb

Unser jüngstes Projekt: ein echtes Schmuckstück

Bereits ab 2007 setzte sich der Beirat für mehr Sporthallenzeiten ein. So ergaben Bedarfserhebungen anlässlich der Planung einer Dreifeldsporthalle auf dem Gelände der Klosterschule eine akute Mangelversorgung. Das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) eröffnete 2009 die Chance, eine solche als eines von drei „Schlüsselprojekten“ umzusetzen (neben dem Bau des Integrations- und Familienzentrums und der Erweiterung des Lohmühlenparks). Doch es scheiterte trotz langwieriger Verhandlungen an behördlichen Widerständen.

Umso mehr richtete der Beirat ab 2013 sein Augenmerk darauf, die heruntergekommene Halle der privaten Stadtteilschule St. Georg in der Rostocker Str. 62 mit öffentlichen Mitteln herzurichten, um sie nachmittags und abends vom Stadtteil zu nutzen. Halle und Schulgebäude gehören der Stadt und werden durch die Sprinkenhof GmbH verwaltet. Der Beirat setzte eine Hallenkommission

ein, die knapp drei Jahre mit dem Bezirksamt, der Schule und der Gebäudeeigentümerin verhandelte. Fast auf jeder zweiten Beiratssitzung wurden Hemmnisse und Fortschritte des Projekts beraten, mehrmals Beschlüsse gefasst und deren zeitnahe Umsetzung eingefordert.

Der Beirat hat den Bewegungsspielraum erweitert!

Schließlich konnte die 100 Jahre alte Halle 2015 saniert werden, allerdings ohne die geforderte Barrierefreiheit. Finanziert wurde das aus RISE-, Sprinkenhof- und Bezirksversammlungsmitteln, verbunden mit der Auflage, die Halle in den nicht von der Schule genutzten Zeiten für den Stadtteil bereitzustellen. Dank der Beharrlichkeit von Beirat, Hallenkommission und Bezirksamt wurde die Turnhalle am 2. März 2016 eingeweiht. Die Kommission kümmert sich seitdem um eine faire Belegung mit Sportvereinen, Initiativen und Aktiven aus dem Viertel. Ein Konfliktpunkt bleibt die Umlage der Betriebskosten auf die schulfremden HallennutzerInnen; hier fordert der Beirat Nachbesserung, d. h. den entgeltfreien Sportbetrieb. ●



Altehrwürdige Turnhalle in neuem Glanz, Rostocker Straße 62 ▲



Innenansicht der renovierten Turnhalle, November 2015 ▲

Steilshoop

Die Großsiedlung Steilshoop – errichtet von 1969 bis 1976 – weist die typischen Probleme der in dieser Zeit entstandenen Trabantenstädte auf: Ein hoher Anteil von Empfänger/innen von Transferleistungen, unterdurchschnittliches Bildungs- und Ausbildungsniveau, hoher Anteil von Migrant/innen.

Dennoch wird die Wohnqualität Steilshoops von seinen Bewohner/innen geschätzt: Mit ihren 20 Innenhöfen, jeder einzelne größer als der Rathausmarkt, ist die Siedlung einer der grünsten Stadtteile Hamburgs.

Große Hoffnungen werden in Steilshoop auf den Neubau von Schule und Quartierszentrum gesetzt, aber auch auf die Bebauung des nördlichen Bereichs. ●

Statistische Daten Steilshoop

(2015)

Einwohner	13.139
Haushalte	6.246
Ein-Personen-Haushalte	42,5 %
Haushalte mit Kindern	25,3 %
Sozialvers.pflichtige Beschäftigte	48,1 %
Arbeitslose	9,6 %
LeistungsempfängerInnen nach SGB II	25,5 %
unter 15-Jährige in Mindestsicherung	48,5 %



Fördergebiet Steilshoop ▲



Stadtteilbeirat, 2016 ▲

Das Stadtteilbeirat

Der Stadtteilbeirat existiert seit 2009 und wurde im Kontext des Rahmenprogramms Integrierte Stadtentwicklung (RISE) ins Leben gerufen. Allerdings kann Steilshoop auf deutlich ältere Traditionen der Bürgerbeteiligung zurück blicken. Die Koordinierungskonferenz bündelt und formuliert die Anliegen der Bürger/innen seit den Gründungstagen des Stadtteils.

Der Beirat wird in einem Turnus von 18 Monaten von den Bewohner/innen in einer Versammlung gewählt und setzt sich zusammen aus zwölf Bewohner/innen, sechs Vertreter/innen von im Stadtteil tätigen Institutionen sowie je zwei delegierten Vertreter/innen der Verwaltung, der Wohnungswirtschaft und des lokalen Gewerbes. Die Mitglieder sind von 17 bis 80 Jahren alt, unterschiedlicher Herkunft, Religion und wohnen in verschiedenen Ringen.

Schwerpunkt der Arbeit waren die im Rahmen des RISE-Programms gesetzten Projekte. So wird zur Zeit als *Housing Improvement District* die fußläufige Mittelachse saniert, die Busbeschleunigung ist ein nach wie vor bedeutsames Thema der Diskussion, vor allem aber hofft man, durch den Neubau einer Stadtteilschule mit Quartierszentrum endlich das seit Jahren drückende Problem der schulischen Versorgung in Steilshoop in den Griff zu bekommen.

Viele der Anliegen kommen aber auch aus dem Kreis der Bürger/innen, nicht nur der gewählten und der delegierten. Aufsehen weit über Steilshoop hinaus erreichte das STOP (Stadtteile ohne Partnergewalt)-Projekt. ●

Der beste Freiluftbasketballplatz Norddeutschlands

So jedenfalls die Feststellungen der Spieler/innen, welche an schönen Sommerabenden aus Lüneburg, Stade oder Kiel kommen, um sich hier im sportlichen Wettkampf mit den einheimischen Basketballern zu messen.

Die Initiative dazu ging von einigen jungen Leuten aus dem Stadtteil aus, welche den Steilshoopern ein sportliches Freizeitangebot präsentieren wollten, das – anders als in den meisten Vereinen – selbst organisiert und spontan möglich ist. Sowohl der Stadtteilbeirat als auch die Alraune gGmbH, die den Verkehrsübungsplatz in Steilshoop betreut, haben die Idee begeistert aufgegriffen.

Wie oft bei solchen Projekten steckte natürlich der Teufel im Detail – und Detail bedeutet in der Regel Finanzierung. Rund 110.000 € konnten aber schließlich aus dem Europäischen Regionalentwicklungsfonds und aus RISE-Mitteln akquiriert werden. Es wären noch bedeutend größere Summen notwendig gewesen, hätte es nicht die vielen Stunden Eigenarbeit der Initiator/innen und der Mitarbeiter/innen der Alraune gGmbH gegeben.

Im Herbst 2012 konnte der Platz endlich eröffnet werden und wurde sogleich mit großer Begeisterung von den Jugendlichen in und außerhalb von Steilshoop genutzt.

Überregionale Bedeutung erlangte der Platz aber erst durch die Flutlichtanlage, welche im Februar 2014 in Betrieb genommen werden konnte. Knapp 12.000 € aus Bezirkssondermitteln wurden dafür von der Bezirksversammlung Wandsbek bewilligt.

Die Akzeptanz der Anlage hat alle Beteiligten ermutigt, den Verkehrsübungsplatz weiter in Richtung sportliches Freizeitzentrum auszubauen. Zur Zeit wird überwiegend in eigener Initiative an einer Boule-Bahn für die Generation, die nicht mehr im Basketballalter ist, gebaut. Einige Freiluft-Schachfelder sind in Planung. Steilshoop ist jedenfalls für die Klimaerwärmung gerüstet. ●



Steilshoopern bauen ihren Basketballplatz ▲



Nacht in Steilshoop ▲



Steilshoopern Sommertage ▲



Beirat für Stadtteilentwicklung WILHELMSBURG

Wilhelmsburg

Bekannt als die größte Flussinsel Deutschlands ist Wilhelmsburg mit 35 km² gleichzeitig Hamburgs größter Stadtteil. Der Mix aus Wasser, Hafen und Natur macht Wilhelmsburg zu etwas ganz Besonderem. Während der Sturmflutkatastrophe 1962 wurde die Elbinsel besonders schwer getroffen. Wilhelmsburg galt lange als die Bronx Hamburgs; im Zuge der IBA und IGS erfuhr Wilhelmsburg eine Aufwertung. Leider blieb dies nicht ohne Konsequenzen: die Mieten steigen. Durch die Verlegung der Reichsstraße, den Bau der Hafenuferspanne und die Planung zur A26 sehen sich die Wilhelmsburger weiteren erheblichen Verkehrsbelastungen ausgesetzt. ●

Statistische Daten

(laut Melderegister 31.12.2015)

Bevölkerung:	53.764
Haushalte:	25.790
Ein-Personen-Haushalte:	48,5 %
Migrationshintergrund:	58,2 %
Durchschnittsjahreseinkommen:	20.098 €
Wohnfläche je Einwohner/in:	29,3 qm
Sozialwohnungen:	26,2 %
Schüler/innen in Stadtteilschulen:	69,4 %
Schüler/innen auf Gymnasien:	22,9 %



Der Stadtteilbeirat

Wir im Beirat – 28 Menschen, je zwei aus einem der 14 Quartiere –, dazu Politikvertreter von SPD, Grünen und Linken, außerdem ein „Behördenmensch“, sind die Ansprechpartner für die Anliegen und Probleme der Wilhelmsburger. Alle zwei Monate werden im Bürgerhaus Arbeitsergebnisse vorgetragen, neue oder auch schon länger bestehende Probleme diskutiert und Aufgaben verteilt. Spezielle Arbeitsgruppen gibt es zu Verkehrs- und Müllproblemen. Menschen aus den Arbeitsfeldern Bildung, soziale Einrichtungen, Flüchtlingshilfe, Religionsgemeinschaften, Kultur, Wohnen Sport, „versorgen“ uns ständig mit neuen Aufgaben. Aufmerksame Medien informieren die Menschen im Stadtteil regelmäßig über unsere Aktionen und Termine. Der Beirat wurde nach einer Pause 2008 erneut ins Le-

ben gerufen, Ende 2013 lief die Finanzierung aus dem RISE-Programm aus. Da der Quartiersfond zur Finanzierung unseres Beirates nicht ausreicht, haben wir uns um Sponsoren bemüht und eine ausreichende Finanzierung für die Jahre 2014 bis 2016 sicherstellen können. Das Ziel muss sein, dass die Bürgerschaft einen Haushaltstitel zur Finanzierung der Beiräte einrichtet.

Wir wollen jetzt die durch IBA und igs angestoßenen Projekte weiter mitentwickeln und begleiten. In den Bereichen Wohnungsbau (Planung der Nord-Süd-Achse mit ca. 2.000 Wohnungen), damit verbunden die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, notwendige schulische und außerschulische Bildungsprojekte, Flüchtlingsunterbringung und -versorgung wird deutlich: „Die wichtigen Projekte und Aufgaben kommen noch“ (Zitat Andy Grote).



Ein Beirat für den ganzen Stadtteil ▲

Der politische Wille zur Bürgerbeteiligung und der Wille der Bürger dazu werden erst durch die Beiräte umfassend möglich. Wilhelmsburg hat schon jetzt mit dem Beirat, der Inselkonferenz und den „Perspektiven“ wichtige Akzente gesetzt. ●

Bürgerbeteiligung und Quartiersentwicklung

Der Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg hat sich gerade in der Vorlaufzeit zur IBA und igs 2013 bewährt. Ende 2013 endete die Förderung aus dem RISE-Programm. Aber nun, in der Zeit nach IBA und igs, geht es um Fortführung der angestoßenen Projekte:

- Fortführung des Rahmenprogramms „Sprung über die Elbe“ mit den umfassenden Ideen und Planungen zur Stadtteilentwicklung, zum Wohnungsbau und zum Verkehr (Wilhelmsburger Reichsstraße, Hafenuferspanne, Gesamtverkehrskonzept-Elbinseln und Hamburger Süden),
- bei Bildung (Bildungsoffensive, Integration, Chancengleichheit usw.) im Spannungsfeld zwischen Hafenwirtschaft, Lebensraumentwicklung und -erhaltung wird deutlich: das Weiterführen des Beirates ist unabdingbar.

Struktur und Aufgabenstellung des Beirates:

- seit 8 Jahren die etablierte Schnittstelle zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung,
- die Beiratsmitglieder werden von der Bezirksversammlung-Mitte bestätigt und gewählt,
- verlässliches Gremium und Ansprechpartner für Bürger, Politik und Verwaltung,
- wichtiges, streitbares Instrument zur Stabilisierung von angemessener Partizipation der Bevölkerung an Planungen von Stadtentwicklungsvorhaben,
- durch heterogene Zusammensetzung aus allen Quartieren und Schichten der Bevölkerung kann der Beirat Aufgaben und Probleme objektiver und ganzheitlicher betrachten und Empfehlungen an Politik und Verwaltung geben,
- kritisch konstruktives Instrument zu Vorhaben der Verwaltung und der Politik,

- als Schnittstelle für Initiativen aus den Quartieren hat er wertvolle Vorlagen für Beteiligungsmodelle geliefert.

Weitere große Aufgaben stehen an:

Die IBA-Entwicklungsgesellschaft entwickelt ihre angestoßenen Projekte weiter. Die Verlegung der Reichsstraße bringt weitere verkehrsplanerische Aufgaben mit sich, im Wohnungsbau stehen große Aufgaben und Visionen in der Stadtentwicklung an; hinzu kommen Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation und aktuell die Aufgaben zu Fragen der Islamismusprävention in den Bildungseinrichtungen und Familien. Die kritische Begleitung, Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Ideen ist weiterhin wichtige Aufgabe des Beirates. ●



IBA-Projekte ▲



Planungsgruppe im Bürgerhaus, 2016 (Foto f. Montage: Jo Larson) ▲



Stadtentwicklung heute: Wer mit wem und wie!? ▲



1994: Demonstration gegen den geplanten Bau einer Müllverbrennungsanlage auf der Elbinsel ▲

Insel im Strom - Wilhelmsburg

Insel im Strom - Wilhelmsburg
- erster Versuch für eine Hymne -

Insel im Strom, meine Insel im Strom,
zwischen Hafen und Bauernland:
Wilhelmsburg!
Insel im Strom, zwischen Ebbe und Flut,
hinter Deichen die Stadt:
Mein Wilhelmsburg!

Man hört den Hafen, neben dem man hier wohnt,
und man riecht ihn bei Westenwind auch.
Mit dem Hafen zu leben ist nicht leicht, doch es lohnt:
's gibt viel Wasser und Grün in Deinem Bauch.

Insel im Strom,

Mitten in Hamburg stehst du eingedeicht,
hast im Osten Landwirtschaft und Vieh.
Mittendrin wohnen Menschen aus aller Welt
und rundherum brummt die Industrie.

Insel im Strom,



Hamburg: Stadtmodell der BUE/BSW ▲

Die Elbinsel: sozialpolitisch, kulturell und ökologisch

Die Arbeit des Beirats ...

... hat mit Empfehlungen und in konstruktiven Dialogen mit der Regionalpolitik zu zahlreichen Erfolgen geführt. Hier eine kurze Auswahl:

Auf Initiative des Beirates hin konnte der Umzug des Leercontainerlagers von der Jaffestraße in den Hafen verwirklicht, der Umzug des Opernfundus nach Wilhelmsburg verhindert werden.

Sport ohne Grenzen wurde auf der Insel etabliert (Towers, Jugendarbeit, Flüchtlingsarbeit).

In Kooperation mit „Perspektiven“ konnten die Regeln für Teilhabe der Bürger an der Stadtentwicklung verbessert und umgesetzt werden (Drahtelstraße, Nord-Süd-Achse).

Wesentliche Verbesserungen beim Lärmschutz wurden beschlossen und werden umgesetzt (Schallschutz, Verkehrsberuhigung, Fahrbahnanierung).

Aus dem Verfügungsfonds wurden viele kulturelle und nachbarschaftliche, insbesondere auch interkulturelle Projekte gefördert. Hierzu einige Beispiele:

- Konspirative Küchenkonzerte
- Zirkus Willibald
- Klotz im Park (Projekt der Geschichtswerkstatt)
- Inselmütter
- Türkischer Elternbund
- Kapelle im Inselpark
- 48h Musik von den Elbinseln für die Elbinseln
- Gypsi-Festival mit der Familie Weiß aus Georgswerder
- Tanz ums Goldene Kalb unter der Argentinienbrücke
- Flutopferdenkmal in der Schule Rahmwerder
- Elbinsel Frauenfest
- Ausstattung Jugendhaus Moorwerder

Außerdem wurden diverse stadtteilentwicklungsrelevante Initiativen unterstützt und Beschwerden aus den Quartieren mit entsprechenden Empfehlungen an die Bezirksversammlung weitergeleitet. ●

SOZIALPOLITISCH hat der Beirat gemeinsam mit den Bürgern, örtlichen Bürgervereinen und dem Regionalausschuss bis jetzt erreicht: Schutz des Müllbergs vor auslaufendem Dioxin – später erfolgte der Ausbau zum Energieberg – Abbau des Freihafenzollzauns, Verkehrsberuhigung, Instandsetzung von Verkehrswegen und Ausbau von Wilhelmsburg zur Fahrradstadt.

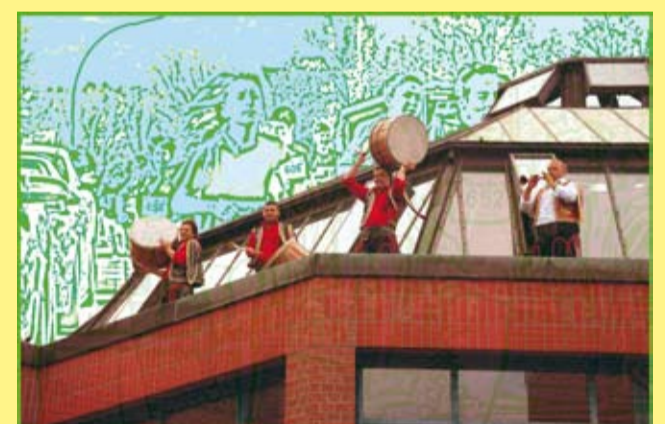
SOZIALE PROJEKTE AUF DER ELBINSEL: Das Schulzentrum „Tor zur Welt“ als zukunftsweisendes Bildungszentrum und das „Maritime Bildungszentrum“ sind hervorragende Schulformate. Mit Unterstützung von Beirat und Verfügungsfond engagieren sich die Wilhelmsburger für den Erhalt des Kinderbauernhofes Kirchdorf-Süd und der „Wilhelmsburger Tafel“ sowie mit dem starken Verein „Die Insel hilft“ in der Flüchtlingshilfe und den „Weltcafés“.

KULTURELL finden zahlreiche herausragende Aktivitäten auf unserer Insel statt, z. B. Dockville-, 48-Stunden- und Gypsi-Festival. Neben dem Bürgerhaus als zentralem Anlaufpunkt für Veranstaltungen gibt es im „Museum Elbinsel“ und in der „Honigfabrik“ interessante kulturelle Angebote. Highlights sind – speziell für Kinder und Jugendliche: der Insellauf, die Spiele und kostenlosen Sportangebote der „Hamburg Towers“.

Es wird auch getanzt – auf den vielen Nachbarschaftsfesten und besonders im „Interkulturellen Garten“, einem ÖKOLOGISCHEN VORZEIGEPROJEKT. Dazu kommen mehrere Natur- und Landschaftsschutzgebiete (Heuckenlock, Rhee/Kreetsand, Kirchdorfer Wiesen). Zusammen mit dem grossen Gemüseanbaugelände Moorwerder rechtfertigen sie den Ruf Wilhelmsburgs als „Grüne Insel“. Ideenreich beim „Urban Gardening“ – im städtischen Lebensraum das Grün erhalten – finden unter dem Slogan „GrünerWerden Whb“ viele Aktionen mit den Bewohnern statt. Energiebunker und Energieberg sind Besucherattraktionen und gleichzeitig Mahn- und Wahrzeichen für ein umweltbewusstes Denken. ●



Geben & Nehmen im Reiherrstiegviertel ▲



„48-Stunden“-Musiker auf dem Bürgerhaus, im Hintergrund „Insellauf“ ▲



Eine Initiative von „GrünerWerden-Whb“ ▲

BÜRGERINNEN- BETEILIGUNG VOR ORT

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist eine vergleichsweise junge Erscheinung. Eine Zäsur stellte sicher die Aufbruchsstimmung Ende der sechziger Jahre dar, geronnen in dem geflügelten Wort von Bundeskanzler Willy Brandt 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Anfang der siebziger Jahre entstanden bundesweit die ersten „Bürgerinitiativen“, 1971 trat das Städtebauförderungsgesetz in Kraft, Denkmalschutzämter wurden eingerichtet, Sanierung hieß fortan nicht mehr „abreißen“, sondern – so die Hamburger Formel – „erhalten – bewahren – erneuern“. 1979 fasste die Hamburgische Bürgerschaft den Beschluss, Teile von St. Georg zum ersten Flächensanierungsgebiet unter neuer Maßgabe zu machen: Das Sanierungsgebiet „Lange Reihe S1“. Das Städtebauförderungsgesetz regelte für formell erklärte Sanierungsgebiete auch die gesetzlichen Mitwirkungsmöglichkeiten der BürgerInnen: 1979 wurde daher der erste Sanierungsbeirat in St. Georg gebildet, „die Mutter aller Beiräte“ in der Elbmetropole.

Diverse Sanierungsgebiete kamen in den **achtziger Jahren** hinzu, jedes Mal entstand dabei ein Sanierungsbeirat, der meist viele Jahre Bestand hatte, je nach Größe der Gebiete und Umfang der Stadterneuerungsmaßnahmen. Nach und nach entwickelten sich aus einigen Sanierungsbeiräten die ersten Quartiers- und Stadtteilbeiräte. Diese hatten zwar nicht mehr die gesetzlich verbrieften Rechte, wurden aber als regelmäßig tagende Beteiligungsgremien von den Bezirksämtern weit überwiegend als Akteurinnen vor Ort anerkannt.

Anfang der **neunziger Jahre** reagierte der SPD-Senat mit einem eigenen Stadtentwicklungsprogramm auf soziale Schieflagen in bestimmten städtischen Regionen bzw. Stadtteilen und den damit einhergehenden Verlust der eigenen Wählerschaft an NichtwählerInnen und andere Parteien. Neue, vom Ansatz her nur temporär geförderte Beteiligungsgremien entstanden. Den Anfang machte 1992 das **Konzept „Soziale Brennpunkte“**. Pilotgebiete waren damals die westliche innere Stadt, Jenfeld und Dulsberg, St. Georg kam später noch dazu. Im Rahmen des Programms entstanden **„Stadtteilbüros“**, deren Aufgabe vor allem darin bestand, Stadtteilentwicklungsprozesse jenseits von städtischen Handlungsträgern anzuschließen und die BürgerInnen in eine Beteiligungskultur einzubinden. Das seit 1993 existierende Stadtteilbüro **Dulsberg** steht für diese Entwicklung: Bis heute managt es die Arbeit des Stadtteilrates.

Es folgten in den darauf folgenden Jahren das „Armutsbekämpfungsprogramm“ (1995), die „Soziale Stadtteilentwicklung“ (1998), die „Aktive Stadtteilentwicklung“ (2005) bis hin zum heutigen **„Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ (RISE)**, in dem Landes- und Bundesmittel zusammengeführt sind. Gemeinsam war allen Ansätzen seit 1992, dass es längst nicht mehr nur um bauliche Aspekte ging. Die stagnierenden bzw. rückläufigen Mittel aus der Städtebauförderung bedingten, dass kaum noch neue Sanierungsgebiete hinzukamen. Vielmehr traten nun andere Schwerpunkte in den Vordergrund, die mit Hilfe wiederum temporär begrenzter Förderprogramme und Beteiligungsgremien einhergingen. Arbeitsmarktpolitische Akzente sollten gesetzt, die soziale Infrastruktur in den betreffenden Quartieren erweitert werden. In den Programmen ab Ende der neunziger Jahre rückten dann vermehrt **Aspekte der Integration** von migrantischen Bevölkerungsgruppen in den Fokus, verbunden mit der Zielsetzung, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Stadtteilprozesse und Beteiligungsgremien einzubeziehen.

Nach Auslaufen der jeweiligen Förderzeiträume entließ und überließ man die Quartiere wieder sich selbst und setzte auf die sog. **„endogenen Potentiale“**, lies: Man baute allein auf das ehrenamtliche Engagement der AkteurInnen, ohne seitens der fachlich Verantwortlichen flankierend bzw. unterstützend mitzuwirken.

Weitere **„partizipative Verfahren“** kamen in den darauf folgenden Jahren zu verschiedenen Bauprojekten zustande, wie z. B. bei der Planung der „Neuen Mitte Altona“ oder des „Hamburger Deckels“. Über das Ernstnehmen der Beteiligung, über die ergebnisoffene Partizipation von BürgerInnen auf Augenhöhe mit der Politik und Verwaltung gab und gibt es allerdings höchst unterschiedliche Bewertungen. Die seit 2012 etwa zweimal pro Jahr anberaumte **„Stadtwerkstatt“** der Stadtentwicklungsbehörde rangiert zwar auch unter BürgerInnenbeteiligung, dient aber vor allem der Information von BürgerInnen durch ausgewiesene ExpertInnen „von

oben“. Partizipation, allemal regelmäßig und quartiersverbunden, „von unten“ sieht ganz anders aus!

Zum jetzigen Zeitpunkt wird die finanzielle Förderung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte, wo sie noch existiert, im Wesentlichen über RISE abgesichert. Das Problem ist allerdings, dass RISE-Gebiete regelhaft fünf Jahre währen, hier und da gibt es eine Verlängerung, zuletzt nur noch eine meist einjährige „Nachsorgephase“. Mit dem Auslaufen aus RISE endet dann auch – so zumindest die Behördenlogik – die BürgerInnenbeteiligung, jedenfalls die finanzielle Unterstützung der geschaffenen und über Jahre engagierten Gremien.

Nicht zuletzt die **Proteste des Netzwerks Hamburger Stadtteilbeiräte** haben 2013 zur Schaffung des projektbezogenen

„Quartiersfonds für bezirkliche Stadtteilarbeit“ geführt. Die sieben Bezirke bekamen damit die Möglichkeit, auf Einzelantrag und jeweils begrenzt auf ein Jahr Anträge zur Reparatur des Bürgerhausdaches, der Herrichtung des Sportplatzes und eben auch der Fortführung eines Beirats auf niedrigem Niveau zu beschließen. Mit einer

auskömmlichen, planbaren und finanziellen, also institutionellen Absicherung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte hat das nichts zu tun, weder im Falle der fortgeführten noch gar hinsichtlich der Schaffung neuer Beiratsgremien. Dass die Bewilligung von Mitteln für einen neuen Stadtteilbeirat nicht nur eine ökonomische, sondern eben auch eine politische Frage ist, zeigte sich 2012/2013: Die SPD im Bezirk Mitte bewilligte Mittel für einen neu eingerichteten Stadtteilbeirat HafenCity, in der Bürgerschaft lehnten die GenossInnen gleichzeitig einen Antrag der GRÜNEN zur Bildung eines Stadtteilbeirats St. Pauli ab.

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte geht von dem Grundsatz aus, dass **Partizipation vor Ort** ein zentrales Element urbaner Kultur ist und noch viel stärker werden muss. Begreift man die Beiräte als „Säulen der Stadtteildemokratie“, dann bedarf es zukünftig allseitig anerkannter, finanziell abgesicherter und per Gesetz verstetigter Quartiers- und Stadtteilbeiräte. Dafür steht das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, dafür mag diese Ausstellung vielerlei Anregungen und Praxisbeispiele liefern. ●



Protest auf der Langen Reihe, St. Georg 2014 ▲
(Foto: M. Joho)





Sponsoren, Kontakt & Impressum

Sponsoren:

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte dankt der Landeszentrale für politische Bildung für die finanzielle Unterstützung sowohl der Ausstellung als auch dieser Broschüre, ohne die beides nicht hätte umgesetzt werden können. Der Dank geht auch an einige Beiratsgremien, die einen Zuschuss aus ihrem Verfügungsfonds beigesteuert haben.

Kontakt

info@stadtteilbeiraete-hamburg.de
<http://stadtteilbeiraete-hamburg.de/>
(vorussichtlich ab Frühsommer 2017)
<https://www.facebook.com/NetzwerkHamburgerStadtteilbeiraete/>

Impressum:

V.i.S.d.P: Jürgen Fiedler, Stadtteilbüro Dulsberg, Probsteier Str. 15, 22049 Hamburg

Ausstellungs- und Broschürenkonzeption:
 Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte

Realisation:
 Lutz Cassel, Jürgen Fiedler, Rixa Gohde-Ahrens, Michael Joho, Barbara Petersen

Gestaltung, Bildbearbeitung & Druckvorstufe: Harald Heck
 Agentur für visuelle Kommunikation



